

## Michael Fackler, Wolfgang Gabbert und Sebastian Matthes

# Extraktivismus, indigene Selbstbestimmung und nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika

ISH-Arbeitspapier

des Instituts für Soziologie der Leibniz Universität Hannover

01-2021

ISH-Working Paper Institute of Sociology, Leibniz Universität Hannover

Die Arbeitspapiere des Instituts für Soziologie der Leibniz Universität Hannover werden nur eingeschränkt begutachtet. Sie dienen der Verbreitung aktueller Forschungsergebnisse im Vorfeld einer späteren wissenschaftlichen Publikation und sind nicht mit einer Veröffentlichung gleichzusetzen. Die in den Arbeitspapieren geäußerten Meinungen und Ansichten sind die der Autorinnen bzw. Autoren und entsprechen nicht zwangsweise denen des Instituts oder dessen Vertreterinnen und Vertretern.

© Die Urheberrechte liegen bei den Autorinnen bzw. Autoren.

Working papers of the Institute of Sociology at the Leibniz Universität Hannover undergo a limited review process. The papers' purpose is the dissemination of current research results prior to a publication. They, therefore, do not substitute scientific publications. Views or opinions expressed in working papers are attributable to the authors and do not necessarily reflect those of the institute or its representatives.

© Copyright is held by the authors.

Leibniz Universität Hannover Institut für Soziologie Schneiderberg 50 30167 Hannover

http://www.ish.uni-hannover.de

#### Zusammenfassung

Im 21. Jahrhundert nimmt Lateinamerika eine zunehmend bedeutsame Rolle für globale Debatten um das Verhältnis von Umwelt und Entwicklung ein. So hat der Subkontinent nicht nur eine Renaissance rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle erlebt, sondern ist auch Schauplatz lebhafter Auseinandersetzungen um alternative Entwicklungsleitbilder, welche besonders in Hinblick auf das indigene Prinzip des "Guten Lebens" (buen vivir) auch über seine Grenzen hinaus rezipiert worden sind. Angesichts interner Legitimationskrisen, indigener Protestbewegungen sowie unter dem Einfluss internationaler Organisationen haben zudem zahlreiche Staaten ihre Verfassungen reformiert und erkennen nun in unterschiedlichem Umfang das Recht indigener Bevölkerungsgruppen auf selbstbestimmte Entwicklung sowie die dafür erforderlichen Rechte wie die Verfügung über Land und darauf befindliche Rohstoffe an.

Vor diesem Hintergrund wird zunächst ein Überblick über die entwicklungstheoretischen und -politischen Debatten zum rohstoffbasierten Entwicklungsmodell und die Implementierung indigener Rechte gegeben. Abschließend wird der Frage nachgegangen, ob nachhaltige Praktiken indigener Gruppen als Ausdruck ihrer spezifischen Kultur verstanden werden sollten und diese Arten des Wirtschaftens als Modelle für einen größeren gesellschaftlichen Kontext relevant und realisierbar sind.

#### **Autoren**

*Michael Fackler* ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Kulturanthropologie und Weltgesellschaft am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover.

E-Mail: m.fackler@ish.uni-hannover.de

Wolfgang Gabbert ist Professor für Entwicklungssoziologie und Kulturanthropologie und Leiter des Arbeitsbereichs Kulturanthropologie und Weltgesellschaft am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover.

E-Mail: w.gabbert@ish.uni-hannover.de

Sebastian Matthes ist Referent für Soziologie im Team Gesellschaftliche Transformationen bei der VolkswagenStiftung in Hannover und Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover.

E-Mail: s.matthes@ish.uni-hannover.de

#### Danksagung

Wir danken Ingo Bultmann, Javier Lastra, Klaus Meschkat und Lukas Nestvogel für wichtige Anregungen und Kommentare zu früheren Versionen dieses Textes.

#### Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Nachhaltige Entwicklung und (Neo-)Extraktivismus in Lateinamerika	3
	2.1. Zur anhaltenden Aktualität von Rohstoffwirtschaft und rohstoffzentrierter En	t-
	wicklung	3
	2.2. Folgen intensiver Rohstoffförderung	8
3.	Indigene Autonomie und selbstbestimmte Entwicklung	17
4.	Indigene Wirtschaftsweisen und Nachhaltigkeit	28
5.	Fazit	35
Bib	oliographie	37

#### 1. Einleitung

In Folge der intensiven Nutzung fossiler Energie erlebt die Menschheit gegenwärtig eine beispiellose, mit tiefgreifenden sozialen, politischen und ökonomischen Problemen verbundene Veränderung des Erdklimas. 1 Zugleich verdeutlicht die Übernutzung lebensnotwendiger Ressourcen (z.B. Trinkwasser, Böden) zunehmend die natürlichen Grenzen des Planeten (vgl. Welzer 2008).<sup>2</sup> Als Antwort auf die drängenden Fragen des 21. Jahrhunderts wurde im September 2015 mit den Sustainable Development Goals (SDGs) von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine umfassende Agenda zur nachhaltigen Transformation der menschlichen Gesellschaften beschlossen. Bis zum Jahr 2030 sollen u.a. Armut und Hunger weltweit beendet, ein nachhaltiges Konsum- und Produktionsmuster gefördert sowie globale Ungleichheiten verringert werden. Die Grundlage soll ein ökologisch verträgliches Wachstumsmodell bilden. Allerdings stellt sich angesichts der Begrenztheit des Planeten Erde sowie der ökologischen und sozialen Auswirkungen bisheriger Entwicklungsmodelle die Frage, inwieweit wirtschaftliches Wachstum mit nachhaltiger Entwicklung vereinbar ist? Vertreter\*innen der Postwachstums bzw. degrowth-Bewegung kritisieren daher Vorstellungen eines "Grünen Wachstums" und betonen die Notwendigkeit alternativer Entwicklungskonzepte jenseits wachstumsbasierter Strategien.<sup>3</sup>

Für globale Debatten um nachhaltige Entwicklung spielt Lateinamerika aus mehreren Gründen eine zentrale Rolle: 1) Die Region stellt ein enormes Biodiversitäts-, Wald- und Süßwasserreservat dar, welches u.a. 20 Prozent der weltweiten Waldflächen sowie etwa ein Drittel der potentiellen Agrarflächen und Süßwasserreserven umfasst (FDCL 2018). 2) In den vergangenen Dekaden haben in der Region lebhafte Auseinandersetzungen um das Verhältnis von "Entwicklung" und "Natur" stattgefunden (Escobar 2006:7–8). In diesem Kontext sind alternative, über Lateinamerika hinaus rezipierte Entwicklungsleitbilder wie das "Gute Leben" (buen vivir oder vivir bien) entstanden und haben Einzug in die Gesetzgebung einzelner Staaten gehalten. 3) Ferner existieren in zahlreichen Staaten des Subkontinents demographisch bedeutsame indigene Bevölkerungsgruppen, welche von Vielen als "geborene Naturschützer" und Träger nachhaltiger Entwicklungsmodelle angesehen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> So rechnet beispielsweise die Umweltschutzorganisation Greenpeace in den kommenden 30 Jahren mit bis zu 200 Millionen Menschen, die vor den Folgen des Klimawandels auf der Flucht sein werden (Greenpeace 2007:1). Währenddessen wird Weltbevölkerung bis zur Mitte des Jahrhunderts auf über 9,7 Mrd. anwachsen (United Nations 2015:1–11).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die mögliche Höchstfördermenge ist bei verschiedenen natürlichen Ressourcen bereits erreicht oder absehbar, eine Förderung der noch vorhandenen Vorkommen oftmals mit hohen ökonomischen, ökologischen und sozialen Kosten verbunden (Rockström 2009; Heinberg 2010; Mahnkopf 2013).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> S. exemplarisch Brand & Wissen 2017; Burchardt & Peters 2017.

werden.<sup>4</sup> 4) Obgleich Lateinamerika weiterhin die Weltregion mit der größten Ungleichheit ist, konnten zahlreiche Staaten in jüngster Zeit soziale Entwicklungserfolge für breite Teile der Bevölkerung erzielen.<sup>5</sup> Dies beruhte jedoch vielfach auf einer Intensivierung der Naturausbeutung durch rohstofffördernde Industrien. So konnten einige Staaten ihre Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf zunächst für beachtliche sozialpolitische Reformprozesse nutzen, jedoch hat der Fall der Rohstoffpreise seit 2014 wieder zum Abbau vieler Errungenschaften geführt (Burchardt & Peters 2017).

Gerade vor diesem Hintergrund bleibt Lateinamerika Schauplatz massiver politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um nachhaltige Entwicklung. So hat sich in der gesamten Region im Kontext intellektueller Diskurse, sozialer Mobilisierung und politischer Debatten ein breites Spektrum an gesellschaftlichen und politischen Akteuren gebildet, welche Alternativen zu rohstoffbasierten Entwicklungsmodellen diskutieren (u.a. indigene Gemeinschaften, Umweltschützer, Bauern- und Landlosenbewegungen, städtische Mittelschichten, Studierendenorganisationen, neue "grüne" Parteien). Konflikte um Entwicklung manifestieren sich insbesondere auf der lokalen Ebene, wo lokale Gemeinschaften und soziale Bewegungen sich nicht nur an Protesten beteiligen, sondern oft proaktiv rechtliche und politische Garantien nutzen, um Regierungen und multinationale Unternehmen herauszufordern und Rohstoffprojekten Grenzen zu setzen (McNeish 2018:7, 14). Dies gilt insbesondere für indigene Bevölkerungsgruppen, da die Vertiefung der Extraktion in Lateinamerika parallel zu Debatten um das "Gute Leben" (v.a. in Ecuador und Bolivien) sowie zur Anerkennung indigener Rechte auf Autonomie und Selbstbestimmung stattfindet. So haben zahlreiche Staaten in den letzten drei Jahrzehnten ihre Verfassungen reformiert und erkennen nun in unterschiedlichem Umfang indigene Kollektivrechte auf Landund Rohstoffe, auf Selbstregierung sowie auf politische Partizipation und Konsultation an (Yrigoyen 2011; s. auch González 2015). Zum Beispiel in Kolumbien, wo die Verfassung den indigenen resquardos (eine Form von kollektivem Landeigentum) u.a. das Recht einräumt, die eigenen Autoritäten nach lokalen Normen und Verfahrensweisen zu wählen und gewohnheitsrechtliche Praktiken zur Konfliktbearbeitung auszuüben (Kolumbien 1991: Art. 330). In Panama umfassen indigene Territorien (sog. comarcas) ca. 22 Prozent der Landesfläche (FAO 2013:14). In Bolivien sind seit 2015 verschiedene indigene Autonomiegebiete entstanden, welche über eigene, vom Staat anerkannte Regierungsinstitutionen verfügen. Zugleich hat das Vorschieben der extraktiven Grenze durch Regierungen, Unternehmen und transnationale Konzerne (Dietz 2017; Gabbert 2018a:6-7) vielerorts zu drastischen, teilweise gewaltsam ausgetragenen Konflikten um die Sicherung indigener Land- und Res-

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Zum Beispiel von der UNESCO: "[T]hey are not only leaders in protecting the environment, but their languages represent complex systems of knowledge and communication and should be recognized as a strategic national resource for development, peace building and reconciliation" (UNESCO 2019). Oder die FAO: "Constituting only 5 percent of the world population, indigenous peoples nevertheless are vital stewards of the environment. Traditional indigenous territories encompass 22 percent of the world's land surface, but 80 percent of the planet's biodiversity. [...] Their ways of life and their livelihoods can teach us a lot about preserving natural resources, growing food in sustainable ways and living in harmony with nature. Mobilizing the expertise that originates from this heritage and these historical legacies is important for addressing the challenges facing food and agriculture today and in the future" (FAO 2017:6).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> CEPAL 2010a; 2013.

sourcenrechte geführt. In der Regel werden derartige Konflikte entlang der Dichotomie "Widerstand vs. Ressourcenfluch" analysiert, wodurch häufig ein stark vereinfachtes Bild indigener Perspektiven auf Fragen von Umwelt und Entwicklung entworfen wird (Laing 2015; Sieder & Barrera 2017:15–16; Anthias 2018).

Im Folgenden soll zunächst ein kurzer Überblick über die entwicklungstheoretischen und – politischen Debatten zum rohstoffbasierten Entwicklungsmodell gegeben und Leerstellen und offene Fragen identifiziert werden. Dieses Ziel verfolgt auch der dritte Abschnitt, welcher die Diskussion um indigene Autonomie- und Rohstoffrechte im Verhältnis zu Konzepten wie "Volk" "Territorium" und "Selbstbestimmung" sowie zur Implementierung dieser Rechte in verschiedenen Staaten betrachtet. Ein vierter Abschnitt geht der Frage nach, inwieweit nachhaltige Praktiken indigener Gruppen als Ausdruck ihrer spezifischen Kultur verstanden werden sollten, wie es das Bild der Indigenen als "geborene Naturschützer" nahelegt und inwieweit diese Arten des Wirtschaftens als Modelle für einen größeren gesellschaftlichen Kontext relevant und realisierbar sind.

## 2. Nachhaltige Entwicklung und (Neo-)Extraktivismus in Lateinamerika

### 2.1. Zur anhaltenden Aktualität von Rohstoffwirtschaft und rohstoffzentrierter Entwicklung

Wie bereits erwähnt, könnte Lateinamerika bei der Suche nach einem nachhaltigen Entwicklungsmodell für das 21. Jahrhundert eine wichtige Rolle einnehmen. So war die Region in jüngerer Vergangenheit u.a. mit dem Konzept des "Guten Lebens"<sup>6</sup>, welches dem Umweltschutz weitreichende Bedeutung beimisst, wichtiger Impulsgeber für Debatten über Alternativen zum kapitalistischen Gesellschafts- und Entwicklungsmodell. Die Tatsache, dass das "Gute Leben" (span. *buen vivir* bzw. *vivir bien*) als alternatives Entwicklungsleitbild in den Verfassungen von Ecuador (2008) und Bolivien (2009) festgeschrieben wurde, verdeutlicht die Relevanz des Themas in den beiden Ländern.<sup>7</sup> Gleichzeitig ist in Lateinamerika, wie bereits erwähnt, ein klarer Widerspruch zwischen nachhaltigen Entwicklungsansätzen und der "Inwertsetzung" von Natur (Brand & Görg 2003; Altvater 2013) als vorherrschendem Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell auszumachen.

Das Konzept "sumak kawsay" (Kichwa, spanisch "buen vivir") stammt aus der indigenen Tradition der Anden- und Amazonasregion Südamerikas. In seinen Ursprüngen handelt es sich um eine Weltanschauung, in deren Mittelpunkt Harmonie und Gleichgewicht mit der Natur und den Mitmenschen stehen. Als Gegenentwurf zum kapitalistischen Gesellschafts- und Entwicklungsmodell wurde das Konzept vom "Guten Leben" zu einem zentralen Grundsatz der Verfassungen Ecuadors (2008) und Boliviens (2009). Verständnis und Auslegung sind jedoch umstritten und bilden einen Konfliktpunkt zwischen Regierungen und indigenen Bewegungen (Cortez & Wagner 2013).

Der ecuadorianische Verfassungstext definiert ein Wirtschaftssystem, welches ein Gleichgewicht zwischen Gesellschaft, Staat, Markt und Natur anstrebt. Die Natur wird darin als Subjekt mit Rechten ausgestattet und der Schutz der Umwelt, der Ökosysteme und der Biodiversität zum öffentlichen Interesse erklärt (Ecuador 2008: Art. 275, 283, Kap. 7 Art. 71–72).

Die Geschichte des Subkontinents ist seit der Kolonialzeit eng mit der Naturausbeutung verbunden. Im Fokus der Eroberung und kolonialen Plünderungsökonomie stand das Verlangen nach Land und den Edelmetallen der "Neuen Welt". Nach der Unabhängigkeit von den europäischen Königshäusern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die neugegründeten Nationalstaaten zunehmend in den Weltmarkt eingebunden. Die einsetzende Industrialisierung in Westeuropa und Nordamerika löste in Lateinamerika einen Exportboom für Rohstoffe aus und der Primärsektor wurde zum Motor der jungen Volkswirtschaften. Der Einbruch des Außenhandels infolge der Weltwirtschaftskrise 1929/30 zwang die lateinamerikanischen Staaten zu einem gewissen wirtschaftspolitischen Umdenken. Nach dem Vorbild der Industrialisierungspolitik in Europa und Nordamerika strebten die Staaten der Region nun eine nachholende binnenmarktorientierte Modernisierung an. Die sogenannte importsubstituierende Industrialisierung (ISI) führte Mitte des 20. Jahrhunderts partiell zu einem Strukturwandel, in dem der Rohstoffsektor zugunsten des sekundären und tertiären Sektors an Bedeutung verlor. Dennoch blieb die Rohstoffwirtschaft ein zentraler Stützpfeiler der Ökonomien (Boris 2009 [2001]). Die Widersprüche des ISI-Modells und die Schuldenkrise führten zu Beginn der 1980er Jahre zu einem Umdenken in Bezug auf die lateinamerikanischen Entwicklungsideen. Um ihre Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, wurde den bankrotten Staaten auf Druck internationaler (Kredit-)Institutionen die Durchsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Strukturanpassungsprogrammes (Washington Consensus) auferlegt.8 Im Zuge der Globalisierungsdynamik wurden Fertigungsprozesse nach Lateinamerika verlagert, wodurch sich partiell neue verarbeitende Industriebetriebe (z.B. die maquiladora-Produktion in Mexiko und Zentralamerika) ansiedelten. Die Marktöffnung im Zuge der Strukturanpassungen belebte aber auch den Export und förderte sukzessiv die Zunahme des Rohstoffhandels im Laufe der 1980er und 90er Jahre. Der Preisboom für Rohstoffe zu Beginn des neuen Millenniums führte in der Region schließlich zu einer Renaissance der Rohstoffwirtschaft (Cepal 2011:12; 2014:264; Müller et al. 2014:12) und in diesem Zuge zum Aufstieg eines rohstoffbasierten und exportzentrierten Entwicklungsmodells, des (Neo-)Extraktivismus (Gudynas 2009; Svampa 2012; Burchardt & Dietz 2013).9

B Dabei handelte es sich um ein Paket neoliberaler wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Der Washington Consensus war im Wesentlichen das Produkt der – zu jener Zeit – hegemonialen wirtschaftspolitischen Institutionen, die unter der Schirmherrschaft der USA standen, wie Weltbank und IWF. Die Maßnahmen beinhalteten u.a. den Rückbau des protektionistischen Staates, die Liberalisierung des Außenhandels und eine rigide Sparpolitik inklusive der (Teil-)Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen (u.a. im Primärsektor). Die Agenda sah vor, über Außenhandelsüberschüsse und Direktinvestitionen ein dynamisches Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen.

Unter dem Begriff Extraktivismus wird zunächst der Abbau großer Mengen von Rohstoffen verstanden, die in erster Linie für den Export bestimmt sind und in ihrem Ursprungsland nicht oder kaum weiterverarbeitet werden (Gudynas 2011:70; 2012:37; Acosta 2011a:84). Der Terminus wurde bereits in den 1980er Jahren verwendet, z.B. in Bezug auf bestimmte Wirtschaftssektoren (extractive industries), wie in erster Linie den groß angelegten Bergbau und die Förderung fossiler Kohlenwasserstoffe (Gas, Kohle und Öl) (Burchardt & Dietz 2013:182). Seit einigen Jahren werden zudem auch intensive Rohstoffentnahmen im Agrar-, Forstwirtschafts- und Fischereisektor unter dem Begriff Extraktivismus erfasst (Acosta 2011b:84–85; Gudynas 2011:70; 2012:46–49; 2013:35).

Im 21. Jahrhundert hat sich die extraktive Wirtschaftsform sowohl quantitativ als auch qualitativ gewandelt. Getragen vom Rohstoffboom (2002/03–2013/04) erlebte Lateinamerika ein kräftiges Wirtschaftswachstum (CEPAL 2010b; 2013a). Gleichzeitig expandierte das bestehende extraktivistische Akkumulationsmodell sowohl in Bezug auf die wertmäßigen Ausfuhren als auch auf die Förder- und Produktionsmengen (Matthes 2012:28–59 und 2019:13–18). Besonders eindrucksvoll lässt sich diese Expansion anhand des Sojaanbaus illustrieren. In weniger als einer Dekade (2000–2007) haben die lateinamerikanischen Sojaproduzenten ihren Output nahezu verdoppelt (+56,5 Millionen Tonnen).<sup>10</sup>

Eine qualitative Neuerung gegenüber früheren Phasen der Rohstoffausbeutung war in Lateinamerika zudem auf gravierende Veränderungen der politisch-ökonomischen Strukturen zurückzuführen. Den Ausgangspunkt hierfür bildete ein Machtzuwachs des politischen Mittelinksspektrums<sup>11</sup>, mit dem eine deutliche Veränderung in der Entwicklungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik einherging. Dies betraf besonders die Rohstoffpolitik. Einer Reihe lateinamerikanischer Staaten gelang es in der "Boomphase" – teilweise über eine Nationalisierung der Vorkommen oder die Neuaushandlung der Steuer- und Abgabeverordnungen bzw. der Förderlizenzen, teilweise auch über die Erhebung von Gebühren auf die Produktion oder durch die staatliche Beteiligung an Förderunternehmen – ihren Anteil an den Rohstoffeinnahmen zu erhöhen. So erließen Bolivien, Chile und Venezuela neue Steuervorgaben für den Handel mit Primärgütern. Argentinien profitierte von der höheren Rentabilität des Exportsektors über die Vergabe von Exportlizenzen für Primärgüter (Acquatella et al. 2013:12–3). Brasilien erhöhte die Rente aus dem Erdölgeschäft von 4.769 Millionen US-Dollar im Jahr 1999 auf 29.706 Millionen US-Dollar im Jahr 2006 (Campodónico 2008:43). Der Beitrag der Rohstoffrenten am brasilianischen BIP stieg so

Der Anstieg ging in erster Linie auf die Hauptproduzenten zurück. Gegenüber 1990 verzeichnete die Produktion 2008 in Argentinien ein Plus von 344 %, in Bolivien von 586 %, in Brasilien von 191 %, in Paraguay von 226 % und in Uruguay von über 2.000 %. Der mengenmäßige Anstieg ging größtenteils auf die beiden Hauptproduzenten Argentinien und Brasilien zurück. Bis 2000 spielte der Sojaanbau in Uruguay nur eine untergeordnete Rolle (Matthes 2012:63).

<sup>11</sup> Mit der Wahl von Hugo Chávez (1998) in Venezuela setzte etwa parallel mit dem Preis- und Rohstoffboom (commodity-price-boom) ein spürbarer politischer Elitenwandel in der Region ein. Die Folge dieser Entwicklung war eine spürbare Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse, die oftmals auch als "Linksruck" bzw. "left-turn" oder "pink-tide" bezeichnet wird. Festgemacht wird diese Verschiebung v.a. an den Wahlerfolgen verschiedener (Mitte-)Links-Regierungen, dem proklamierten Bruch mit der neoliberalen Tradition und dem damit verbundenen Machtverlust der etablierten politischen Parteien und Eliten des vornehmlich rechts-konservativen politischen Lagers. Unterschieden wird hierbei zwischen einer gemäßigten sozialdemokratischen bzw. sozialliberalen Ausprägung, die sich am deutlichsten im Cono Sur etablierte (Argentinien, Brasilien und Uruguay) und einer radikaleren Strömung, die sich vor allem in Bolivien, Ecuador und Venezuela erkennen ließ. So lebten gegen Ende der ersten Dekade des neuen Millenniums etwa zwei Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung in Staaten, die von Parteien oder Bündnissen regiert wurden, die dem linken Spektrum zugeschrieben werden konnten (Levitsky et al. 2011:1-4). Nach dem Einbruch der Primärgüterpreise ab 2013 & 14 und der anschließenden Wirtschaftskrise hat sich die politische Landkarte Lateinamerikas erneut gewandelt. In fast allen Ländern (ausgenommen Bolivien, Ecuador, Uruguay) haben die Mitte-Links-Regierungen die Regierung eingebüßt und häufig haben rechts-konservative Kräfte die Amtsgeschäfte übernommen.

von 2,49 % im Jahr 1990 auf 5,3 % im Jahr 2010.<sup>12</sup> In verschiedenen Ländern wurde der Staat zudem durch öffentliche oder staatliche Förderunternehmen an den Einnahmen beteiligt, wie im Fall von Ecuador durch die Unternehmen Petroecuador bzw. Petroamazonas oder in Venezuela durch das Unternehmen PDVAS. Der ecuadorianische Staat erhöhte seine Einnahmen aus dem Erdölgeschäft auf diese Weise von 2,1 Mrd. US-Dollar (2004) auf 4,9 Mrd. US-Dollar (2010) (Orozco 2013:57). In Venezuela stieg die Erdölrente unter Hugo Chávez von 12,8 Mrd. US-Dollar (1999) auf 45,5 Mrd. US-Dollar (2005) (Campodónico 2008:65).

So bescherte der Rohstoffboom den lateinamerikanischen Staaten wachsende Einnahmen und erhöhte maßgeblich den finanziellen Spielraum für entwicklungs- und sozialpolitische Aktivitäten. Während die Rohstoffeinnahmen in früheren Entwicklungsphasen überwiegend an (transnationale) Förderunternehmen gingen oder von den Eliten auf nationaler oder regionaler Ebene angeeignet wurden, werden die Rohstoffrenten im Neo-Extraktivismus anders verteilt. Dies geschieht durch wirtschaftspolitische Aktivitäten – von gezielten Investitionen in die Infrastruktur und den Ausbau bzw. die Modernisierung staatlicher Institutionen bis zu einer deutlichen Erhöhung der öffentlichen Aufwendungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung, denn der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit kommt in den staatlichen Entwicklungsvorstellungen eine Schlüsselrolle zu. So sind im Neo-Extraktivismus intensiver Rohstoffabbau und Versuche zur Lösung der sozialen Frage eng miteinander verknüpft (Gudynas 2009:209; 2011; 2013:38–40; Burchardt & Dietz 2013:194). Dabei verspricht der Staat, über (ökonomische) Ausgleichs-

Abb. 1: Öffentliche Ausgaben lateinamerikanischer Regierungen 2002–2018 (in Prozent am BIP)

	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018
Bolivien	13,3	12,9	11,8	11,5	12,3	11,0	11,6	12,6	
Brasilien	13,1	13,4	14,2	14,0	15,0	15,3	15,9	17,3	17,7
Chile	14,7	13,0	11,5	13,5	14,8	14,6	15,0	16,1	16,4
Kolumbien	9,9	10,3	10,7	11,3	12,2	12,4	12,9	12,5	12,6
Ecuador	3,8	3,8	4,3	6,5	8,1	8,2	8,5	8,8	9,0
Mexico	7,0	7,2	7,7	8,6	9,6	9,6	10,1	9,9	8,7
Paraguay	5,6	4,8	6,1	5,8	6,4	8,6	8,4	8,5	8,6
Venezuela	11,1	11,5	13,7	13,1	11,6	14,4	18,8		
Lateinamerika	9,0	8,6	9,0	9,5	10,5	10,6	10,9	11,3	11,3

Quelle: Zusammenstellung von S. Matthes auf Grundlage der Daten von CEPAL 2019: CEPALSTAT.

Rohstoffrenten sind Einkommen aus dem Geschäft mit natürlichen Ressourcen. Die Besonderheit von Rohstoffrenten ist, dass sie, gemessen an den erwarteten Einnahmen, nur eine vergleichsweise geringe produktive Gegenleistung des Empfängers erfordern. Sie lassen sich i.d.R. aus der Differenz zwischen dem geförderten Güterwert zu internationalen Preisen abzgl. der Kosten der Produktion ermitteln (Campodónico 2008:11–12; Peters 2014:62).

mechanismen für die durch die Rohstoffextraktion entstandenen Folgen aufzukommen (Gudynas 2009:209–213). Das Modell hat sich in der Region soweit konsolidiert, dass Regierungs- und Kräftekonstellationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung rohstoffbasierte Entwicklungs- und Wirtschaftsstrategien verfolgen und Kompensationsmechanismen etabliert haben. In der Praxis bedeutet dies, dass selbst einige konservative Regierungen ihre Aufwendungen für Sozialprogramme moderat erhöhten.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt haben die lateinamerikanischen Regierungen ihre öffentlichen Aufwendungen von 9,0 Prozent (2002) auf 11,3 Prozent (2018) erhöht. Dies entsprach im Durchschnitt einer Zunahme von 2,3 Prozent. Einen besonders hohen Anstieg verzeichneten Ecuador und Venezuela. Unter der Regierung des Mittelinksbündnisses Alianza Pais stiegen die öffentlichen Ausgaben in Ecuador zwischen 2006 und 2018 um 4,7 Prozent des BIP. Die Regierung in Venezuela erhöhte die Aufwendungen zwischen 2002 und 2016 um 7,7 Prozent auf insgesamt 18,8 Prozent des BIP. Aber auch Staaten mit konservativen Regierungen weiteten ihre öffentlichen Ausgaben in den letzten zwei Jahrzehnten aus. In Kolumbien stiegen die Aufwendungen gemessen am BIP um 2,7 Prozent auf überdurchschnittliche 12,6 Prozent. Mexiko erhöhte die Ausgaben zwischen 2002 und 2014 um 3,1 Prozent auf 10,1 Prozent (Abb. 1).

Abb. 2: Armut und extreme Armut in Lateinamerika 2002–2018 (in Prozent)

		2002	2006	2010	2014	2018
Bolivien	Extreme Armut	35,1	34,3	-	14,9	14,7
Bollviell	Armut	66,8	63,5	-	33,7	33,2
Brasilien	Extreme Armut	6,2	4,1	-	3,3	5,4
Diasilicii	Armut	37,8	29,1	-	16,5	19,4
Kolumbien	Extreme Armut	23,8	-	17	12	10,8
Kolulloleli	Armut	53,8	-	40	31,1	29,9
Ecuador	Extreme Armut	-	9,8	10	5,9	6,5
Lcuadoi	Armut	-	35,6	32,7	23,4	24,2
Mexico	Extreme Armut	10,4	6,8	12,7	13	10,6
IVICAICU	Armut	46,4	37,3	44,5	45,2	41,5
Paraguay	Extreme Armut	17,6	17,1	12,7	7,7	6,5
i araguay	Armut	47,9	41,1	32,5	22,3	19,5
Peru	Extreme Armut	14,9	13,6	7	5,1	3,7
Teru	Armut	43,3	41,3	24,6	19,5	16,8
Venezuela	Extreme Armut	7,2	5,1	4,9	12	-
venezueia	Armut	51,7	31,3	25	28,3	-
Lateinamerika	Extreme Armut	12,2	8,5	8,6	7,8	10,7
Latemanienka	Armut	45,2	35,7	31,6	27,8	30

Quelle: Zusammenstellung von S. Matthes auf Grundlage der Daten von CEPAL 2019: CEPALSTAT.

So konnten zahlreiche lateinamerikanische Staaten über die vergangenen zwei Dekaden beachtliche Erfolge in der Armutsbekämpfung erzielen. Im Durchschnitt sanken Armut und extreme Armut zwischen 2002 und 2018 von 45,2 auf 30 Prozent bzw. von 12,2 auf 10,7 Prozent. Bis zum Einbruch der Primärgüterpreise 2013/14 und der hierdurch mitverursachten Wirtschaftskrise in der Region lagen die Werte sogar noch deutlich tiefer (Armut: 27,8 Prozent und extreme Armut: 7,8 Prozent). Auch konservativ geführten Staaten gelangen zum Teil beachtliche Erfolge in der Armutsbekämpfung. Demnach sanken Armut und extreme Armut in Kolumbien zwischen 2002 und 2018 um 23,9 bzw. 13 Prozent. In Paraguay konnten Armut und extreme Armut zwischen 2012 und 2018 um 6,7 bzw. 3,1 Prozent verringert werden (Abb. 2).

Nach dem Fall der Primärgüterpreise 2013/14 und der Abschwächung der Konjunktur stiegen die Armutszahlen jedoch wieder an. Deutlich wird hierbei ein übergreifender Zusammenhang zwischen der expansiven Rohstoffwirtschaft und den staatlichen Ausgleichsmechanismen. So konstatiert eine vergleichende Untersuchung der extraktiven Industrie zwischen den "progressiven" Regierungen Boliviens und Ecuadors mit dem neoliberalen Peru:

"All three countries are encouraging the expansion of extractive industry as a pillar of macroeconomic strategy, and they each link this expansion to the possibility of poverty reduction and social investment" (Bebbington & Humphreys Bebbington 2010:11).

Aus dieser Verknüpfung der Lösung der sozialen Frage mit der Ausbeutung und Zerstörung der Natur entsteht in Lateinamerika ein Spannungsverhältnis zwischen nachhaltigen Entwicklungszielen, wie in den SDGs der Vereinten Nationen oder in den Leitbildern des "Guten Lebens" in der bolivianischen bzw. ecuadorianischen Verfassung festgeschrieben, und dem sozioökonomischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodell der Gesellschaften. Denn es stellt sich die Frage, inwiefern eine (neo-)extraktivistische Wirtschaftsweise mit den Zielen einer nachhaltigen sozio-ökologischen Transformation vereinbar ist?

#### 2.2. Folgen intensiver Rohstoffförderung

Wie im vorigen Abschnitt deutlich geworden ist, hat die Rohstoffwirtschaft in Lateinamerika eine enorme, historisch gewachsene Bedeutung. Die extraktive Industrie ist konstitutiv für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Görg 1999) und die politische Ökonomie der Staaten. Darüber hinaus prägt die extraktivistische Wirtschaftsweise weite gesellschaftliche Bereiche, die politischen Systeme, die Kultur sowie die Sozialstrukturen.

Die Bedeutung der Rohstoffwirtschaft für die politische Ökonomie Lateinamerikas zeigt sich bereits am wirtschaftlichen Stellenwert des Primärsektors. Besonders hoch ist die Bedeutung der Rohstoffwirtschaft in den Andenländern Bolivien, Ecuador, Chile und Peru. Hier machte der Anteil der Rohstoffe an den Exporten im Jahr 2010 über 85 Prozent und über 10 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Im Fall Venezuelas, dem lateinamerikanischen Land mit den höchsten Erdölvorkommen, lag der Anteil der Rohstoffexporte bei über 90 Prozent und der Primärsektor machte im Zeitraum von 2005 bis 2010 zwischen 20 und

50 Prozent des BIP aus (Matthes 2012:76-82). Diese Staaten finanzieren sich zu einem erheblichen Teil über sogenannte Rohstoffrenten. Besonders in den erdölexportierenden Ländern sind sie häufig die größte staatliche Einnahmeguelle. Während der Boomphase im Jahr 2007 lag der Rohstoffrentenanteil an den Staatseinnahmen in Ecuador bei 64 Prozent und in Venezuela bei 66 Prozent (Campodónico 2008:18-19). Allerdings lassen sich regionale Unterschiede verzeichnen. So sind die Volkswirtschaften Argentiniens, Brasiliens, Kolumbiens, Mexikos oder Uruquays stärker diversifiziert. Doch auch hier machen die Primärgüterausfuhren etwa die Hälfte der Exportwerte aus. Der Anteil der Rohstoffökonomie am BIP variierte bei diesen Staaten im Zeitraum von 2005 bis 2010 zwischen 5 und 15 Prozent. Schließlich gibt es einige lateinamerikanische Ökonomien, in denen die Rohstoffwirtschaft vergleichsweise schwach ausgebildet ist. Hierunter fallen zentralamerikanische Staaten wie El Salvador und Costa Rica, in denen der sekundäre und tertiäre Sektor eine größere wirtschaftliche Bedeutung einnehmen. Zwar existieren auch in diesen Ländern extraktive Industrien, die im großen Stil natürliche Ressourcen ausbeuten, jedoch lag deren Anteil an den Gesamtausfuhren im Jahr 2010 unter 50 Prozent und der Anteil am BIP bei nicht einmal einem Prozent (Matthes 2012:76-82).

Trotz regional unterschiedlicher Dynamiken ist das rohstoffbasierte und exportzentrierte Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell in Lateinamerika weit verbreitet. Im 21. Jahrhundert ist für die Region eine allgemeine Intensivierung der extraktivistischen Wirtschaftsform festzustellen. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung wird die Nachfrage der Industrie 4.0 nach strategischen Rohstoffen (u.a. Lithium, Kobalt, Kupfer, Platin) für Hochleistungsmikrochips, Displays und Roboter in naher Zukunft massiv zunehmen. Weiterhin wird sich die Konkurrenz um Böden und Trinkwasser sowie die verbleibenden fossilen Energien, Metalle und Mineralien verschärfen. Dies wird für die lateinamerikanischen Rohstoffökonomien weitreichende Folgen haben: Die Region verfügt bekanntlich über beachtliche natürliche Ressourcenvorkommen und ist ein Hauptproduzent von fossilen Energieträgern (13 % der globalen Ölförderung) sowie Erzen und Metallen, wie Eisen (29 %), Kupfer (53 %), Gold (21 %), Silber (48 %), Zink (30 %) und Nickel (32 %) (USGS 2005). Weiterhin verfügt Lateinamerika über die weltweit größten Lithiumvorkommen und verzeichnet knapp die Hälfte der globalen Sojaproduktion (Cepal 2014:263).

Aus dieser Konstellation hoher Rohstoffvorkommen und dem enormen ökonomischen sowie gesellschaftspolitischen Stellenwert der extraktiven Industrie ergibt sich ein komplexes Geflecht verschiedener ökologischer, ökonomischer, soziokultureller sowie politischer Auswirkungen, die im Folgenden grob skizziert werden.

Zunächst stellt jegliche Entnahme natürlicher Ressourcen im großen Stil einen erheblichen Eingriff in die Natur dar. Bei der extraktiven Industrie im Bereich fossiler Energien, Metalle und Mineralien werden der Erde nicht-erneuerbare Stoffe entnommen. Bei der Entnahme werden Löcher in den (Meeres-)Boden gebohrt, (Berg-)Landschaften und Flussbecken durchgraben und abgetragen. In vielen Fällen wird hierbei die Landschaft stark verändert, indem Ökosysteme, aber auch Dörfer der extraktiven Industrie weichen müssen. In den gravierendsten Fällen können die Gebiete, die Biodiversität und auch der Mensch

enormen Schaden nehmen, entweder direkt durch den Eingriff und/oder indirekt infolge der Hinterlassenschaften der Extraktion. Selbst wenn der Rohstoffabbau mit den fortschrittlichsten Technologien durchgeführt wird, können negative ökologische Effekte kaum vermieden werden. Allerdings unterscheiden sich die Auswirkungen nach dem Abbauverfahren (offener Tagebau oder Untertagebau), dem Einsatz der Technologie, der Größe und dem Ort des Projekts und der natürlichen Ressource selbst, beträchtlich.

So gilt die Förderung von Rohöl als ökologisch besonders problematisch, da hierdurch Böden und Gewässer verschmutzt werden können (Teal & Howarth 1984:27–43; Agbogidi et al. 2005:171–176; Kimerling 2006; Watts 2017:65–69; Peters 2019:96–100). Ein besonders gravierender Fall ist die seit den 1960er Jahren intensiv betriebene Ölförderung im ecuadorianischen Amazonasregenwald. In der nördlichen Amazonasprovinz *Sucumbios* sind die Böden und das Grundwasser um die Förder- und Transportpunkte großflächig verseucht, was massenhaft zu schweren Krankheiten unter der lokalen Bevölkerung geführt hat. Ganzen Dörfern wurde auf diese Weise die Lebensgrundlage entzogen, da eine Subsistenzwirtschaft (Jagd, Fischerei und Landwirtschaft) ohne ernsthafte Folgen für die Gesundheit kaum mehr möglich ist (San Sebastián & Hurtig 2004).

Auch mit dem Abbau von (Edel-)Metallen und Mineralien können nachweislich verheerende Folgen für die Umwelt einhergehen (Tarras-Wahlberg et al. 2001; Martínez-Alier 2002; Zilla 2015). So fallen beim Abbau vieler Metalle immense Mengen von Abfallprodukten an und große Mengen Wasser werden im Verlauf des Extraktionsprozesses verschmutzt (Sacher & Acosta 2012:75–80). I3 Zur Lösung der Edelmetalle und Mineralien, wie bspw. Gold, aus dem Gestein werden i.d.R. hoch giftige chemische Substanzen (wie Quecksilber, Schwefelsäure und Zyanid) eingesetzt, die sofern sie in den Wasserkreislauf gelangen, eine enorme Gefahr für Lebewesen darstellen. I4 Zu den ökologischen Folgen des Bergbaus in Lateinamerika liegt eine Reihe unabhängiger Studien vor. So bemängelt etwa eine Arbeit über den Lithium-Abbau im Salar de Uyuni in Bolivien die Gefahr der Trinkwasserverschmutzung und der Verringerung der unterirdischen Wasserreserven (Ströbele-Gregor 2012). Neben den irreparablen ökologischen Schäden wird kritisiert, dass die Weidewirt-

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Die Produktion von 10 Gramm Gold generiert im Durchschnitt 20 bis 60 Tonnen Gesteinsabfall und zudem 7.000 Liter Zyanid-verseuchtes Wasser (Mudd 2007:56, zit. in Sacher & Acosta 2012:75).

Die Problematik lässt sich am Beispiel des Bergbauprojekts Quimsacocha & Lomo Larga im südlichen ecuadorianischen Andenhochland verdeutlichen. Bei explorativen Arbeiten stießen Geologen 2004 auf geschätzte Vorkommen von 3 Millionen Unzen Gold und 18 Millionen Unzen Silber. Aufgrund der vermuteten Vorkommen gehört das Projekt zu den fünf Bergbauminen, für die der ecuadorianische Staat ein strategisches Interesse angemeldet hat. Allerdings ist die Umsetzung des Projekts vor allem wegen der zu erwartenden Umweltauswirkungen umstritten. Die Vorkommen werden unweit der Hochebene Quimsacocha vermutet, die als bedeutendes Wasserreservoir gilt und die Landwirtschaft und regionale Bevölkerung der Region Cuenca versorgt. Die Gefahr besteht in einer Verschmutzung durch die sogenannten sauren Grubengewässer (Acid Mine Drainage, AMD). Im Falle einer Kontaminierung wären die Nutzer der lokalen Wassersysteme und die Agrarproduzenten in den umliegenden Gemeinden (insb. Tarqui und Victoria de Portete) besonders betroffen (Kuhn 2011:42; Kuipers et al. 2016:3). Hierbei handelt es sich um etwa 1.500 Familien, welche zugleich den Großteil der indigenen Bevölkerung in den Gemeinden ausmachen, überwiegend als Kleinbauern tätig sind und das Wasser für die Landwirtschaft und den privaten Konsum nutzen.

schaft und der Ackerbau sowie der Tourismus massiv eingeschränkt würden (ebd. 83–84). Diese Einschätzung wird durch eine Untersuchung des Lithium-Bergbaus in den argentinischen Anden bestätigt (Göbel 2013:165–200). Wenn auch die konkreten Auswirkungen stark von den jeweiligen Abbaubedingungen (Know-How, Technologieeinsatz, geografische Gegebenheiten etc.) abhängen, so stimmen die meisten Analysen darin überein, dass der Bergbau ein extremes Risiko für die Wasserqualität, das Ökosystem und die Biodiversität darstellt (Tarras-Wahlberg et al. 2001:239–261; Mudd 2007; Urkidi & Walter 2010; Batker, Harrison-Cox & Kocian 2011).

Negative ökologische Auswirkungen können auch im Zusammenhang mit extraktiver Landwirtschaft auftreten. Hierzu zählen besonders die Zunahme von Bodenerosion, der Einsatz gesundheitsgefährdender Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie der hohe Energie- und Süßwasserbedarf.<sup>15</sup> Darüber hinaus setzt die großflächige Agrarwirtschaft (z.B. die Rinderzucht und die monokulturelle Landwirtschaft) nicht selten Brandrodungen von Wäldern oder wirtschaftlich nicht genutzten Flächen voraus. Lateinamerika verzeichnete in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine enorme Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion. Beachtenswert war vor allem der Produktionsanstieg bei Energiepflanzen wie Mais, Soja und Zuckerrohr. Zwischen den Jahren 2000 und 2005 wuchs die Maisproduktion um mehr als 15 Prozent (+ rund 10 Mio. Tonnen), die Zuckerrohrproduktion stieg im selben Zeitraum um gut 19 Prozent (+ 100 Mio. Tonnen) und der Sojaoutput sogar um über 67 Prozent (+ über 38 Mio. Tonnen) (Matthes 2012:62).<sup>16</sup>

Zwar bedeutet menschliches Leben *per se* einen gewissen Eingriff in die Umwelt, aufgrund ihres Umfangs stellt die extraktive Industrie jedoch einen besonders gravierenden ökologischen Einschnitt dar. Allerdings werden die negativen Folgeerscheinungen der Rohstoffextraktion in Lateinamerika von Regierenden und Unternehmen i.d.R. mit dem Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit bzw. mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den sich daraus ergebenden sozialpolitischen Spielräumen zum Abbau der Staatsschulden, dem Ausbau der nationalen Infrastruktur, der Modernisierung des Staates sowie der Generierung stabiler Deviseneinnahmen gerechtfertigt (bspw. Cely 2013). Entscheidend seien die Art und Weise der Ressourcenausbeutung, der Technologieeinsatz sowie das vorhandene *Know-how*. Durch den gezielten Einsatz hochwertiger Extraktionstechnologie ließen sich die negativen ökologischen Auswirkungen der Umweltverschmutzung und -zerstörung minimieren. Im Fall der umstrittenen Ölförderung im Regenwald-Schutzgebiet Yasuní-ITT versprechen die ecuadorianischen Behörden den Einsatz der fortschrittlichsten und umweltschonendsten Verfahren (El Comercio 16.10.2013; s. hierzu kritisch Chimienti & Matthes 2013). Kritik an dem Wirtschaftsmodell wird von seinen Fürsprechern als ökologischer

<sup>15 69</sup> Prozent des weltweit verfügbaren Trinkwassers werden in der Landwirtschaft verbraucht (FAO 2016). Die Produktion von Fleisch gilt dabei als besonders wasserintensiv. Für ein Kilogramm Rindfleisch werden durchschnittlich 15.400 Liter Wasser benötigt. Ebenfalls als wasserintensiv gilt der Anbau von Energiepflanzen, allen voran der Sojabohne. Diese kommt auf einen durchschnittlichen Wasserbedarf von 2.500 Liter pro Kilo. Zum Vergleich, die Erzeugung eines Kilogramms Tomaten verlangt durchschnittlich 180 Liter, für ein Kilogramm Salat werden etwa 130 Liter benötigt (Bundesinformationszentrum Landwirtschaft 2020).

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Siehe auch FN 10.

"Modediskurs" von NGOs und machtpolitisches Kalkül der nationalen Opposition und westlicher Interessengruppen abgetan (hierzu exemplarisch: Correa zitiert in ABC 09.12.2012; García-Linera 2012a; 2012b). Der (Neo-)Extraktivismus genießt dabei einen starken Rückhalt in den lateinamerikanischen Gesellschaften, ist demokratisch legitimiert und wird von einer breiten klassenübergreifenden Allianz aus verschiedenen Bevölkerungssegmenten getragen. Teile der Bevölkerung erlebten im Zuge des Rohstoffbooms einen sozialen Aufstieg. Insofern stellt das Wirtschaftsmodell für verschiedene Gruppen ein Vehikel zur sozialen Entwicklung dar. Angesichts der Endlichkeit vieler natürlicher Ressourcen muss jedoch gefragt werden, inwieweit die Entwicklungsstrategie als ökologisch nachhaltig bewertet werden kann.

Die Folgen der extraktiven Industrie gehen jedoch weit über die ökologische Dimension hinaus und ihre ökonomische und soziale Nachhaltigkeit sind heftig umstritten.

Wie bereits erwähnt, gelangen verschiedenen lateinamerikanischen Staaten im Zuge des Rohstoffbooms beachtliche soziale Entwicklungserfolge, so dass Armut und Ungleichheit teilweise deutlich abnahmen. Dieser Trend war wesentlich auf eine durch die gut gefüllten Staatskassen ermöglichte Ausweitung der öffentlichen Ausgaben zurückzuführen. Daraufhin bewerteten internationale Wirtschaftsinstitutionen die Rohstoffausrichtung im Globalen Süden als enorme Chance, konstante Einnahmen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu generieren sowie darüber hinaus die gravierende Armut und soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Angelehnt an die Standpunkte der Regierungen über die Effekte der extraktiven Industrie betonten diese Stimmen die positiven ökonomischen Auswirkungen des Entwicklungsstils, wiesen jedoch auf mögliche Gefahren aufgrund der einseitigen Ausrichtung der Ökonomie hin und rieten langfristig zu einer Diversifizierung der Wirtschaft (Sinnott et al. 2010; Cepal 2010a:9–14; 2014:70–71).

Da die sozioökonomischen Erfolge des Neo-Extraktivismus maßgeblich auf der massiven Naturausbeutung gründen, stellen sich u.a. Fragen nach den langfristigen Folgen. Die Staaten drohen in einen Teufelskreis zu geraten, da zur Kompensation der Folgen fortan neue Extraktionsprojekte notwendig würden (Gudynas 2013:40). Besonders deutlich offenbarte sich dies nach dem Fall der Primärgüterpreise 2013/14. Der Preissturz führte viele Rohstoffökonomien im Globalen Süden in eine schwere Wirtschaftskrise, welche die sozialpolitischen Entwicklungserfolge erodieren ließ und auch die politischen Systeme in Bedrängnis brachte. Diese Dynamik offenbarte sich nicht zufällig auf besonders tragische Weise in Venezuela, dem lateinamerikanischen Staat mit der höchsten Bedeutung der Rohstoffwirtschaft. Die einseitige Ausrichtung der Okonomie auf den Olsektor und der chronisch überbewertete Bolivar brachten die heimische Produktion während der Boomphase praktisch zum Erliegen. Der Einbruch der Erdöleinnahmen ließ die Staatskassen in kürzester Zeit austrocknen. Die Regierung versuchte, die fehlenden Devisen über Kredite internationaler Geldgeber auszugleichen, wodurch die Aufwendungen für die Schuldendienste stiegen. Ohne die Deviseneinnahmen konnte die Importnachfrage nicht mehr ausreichend befriedigt werden. Die steigenden Güterpreise heizten die Inflation an. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiteten sich durch Versorgungsengpässe und zunehmenden Autoritarismus zu einer umfassenden sozialen und politischen Krise aus (Peters 2019:111–120, 125–134).

Venezuela wurde damit zu einem traurigen Beispiel für den sogenannten Rohstofffluch (resource curse), d.h. für die negativen Effekte für ein Land und seine Bevölkerung, die mit dem Reichtum an natürlichen Ressourcen einhergehen können (Auty 1994; Sachs & Warner 1997 [1995], 2001). Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen gehört die sogenannte Holländische Krankheit<sup>17</sup> oder engl. Dutch Disease (Corden 1984). Hierbei gerät die heimische Währung von Rohstoffexportökonomien durch den stetigen Devisenzufluss unter Aufwertungsdruck. Dadurch werden Importe tendenziell billiger und die inländischen Faktorpreise (Arbeit, Produktionsgüter) steigen, wodurch sich die heimische Produktion verteuert. Anstatt Güter und Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt zu beziehen, werden diese importiert (spending effect). Durch diesen Wettbewerbsnachteil erodiert häufig die Landwirtschafts- und Manufakturgüterproduktion von Rohstoffexportökonomien. Hinzu kommen die einseitige Ausrichtung der Okonomie auf den lukrativen Primärsektor und die mangelnde Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur (resource management effect). Diese Tendenz wird in vielen rohstoffabhängigen Ländern durch den Umstand verstärkt, dass es sich bei der extraktiven Industrie häufig um Enklaven handelt, die kaum mit anderen Wirtschaftszweigen verbunden sind und dadurch kaum positive Synergieeffekte nach sich ziehen. Da die Weltmarktpreise von Primärgütern plötzlichen Schwankungen unterliegen, sind Rohstoffökonomien zudem besonders krisenanfällig (Auty 1994; Mikesell 1997; Auty & Evia 2001).

Besonders die lateinamerikanischen Staaten mit einem extrem hohen Stellenwert des Rohstoffsektors weisen eine recht einseitige Wirtschaftsstruktur auf (z.B. Bolivien, Chile, Ecuador, Venezuela, Nicaragua, Paraguay und Peru), die sich überwiegend auf die extraktive Industrie (fossile Brennstoffe, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft) konzentriert. Die Exportstruktur setzt sich in diesen Fällen zu über 85 Prozent aus Primärgütern zusammen. Da die lukrativen Rohstoffgeschäfte die nötigen Devisen ins Land spülen, sind die Volkswirtschaften besonders anfällig für die beschriebenen Symptome der holländischen Krankheit. Heimische Produkte können selten in Preis und Qualität auf dem Weltmarkt konkurrieren. Konsumgüter werden daher zunehmend importiert, zum Nachteil der Binnenmarktproduktion. So kommt es zu dem verbreiteten Umstand, dass zahlreiche lateinamerikanische Rohstoffexportstaaten zwar Früchte, Getreide oder Rohöl ausführen, gleichzeitig aber Benzin und verarbeitete Nahrungsmittel einführen müssen, da sie nicht über ausreichende Fertigungskapazitäten oder das nötige Know-How verfügen. Im Zuge des Wirtschaftsbooms sind zudem das Lohn- und Konsumniveau der Bevölkerung gestiegen. Besonders in der wachsenden Mittelschicht sind zunehmend Industrieerzeugnisse wie Smartphones, Flachbildfernseher und Laptops begehrt. Während der Boomphase schossen

Die Bezeichnung geht auf ein Phänomen zurück, das in den Niederlanden nach der Entdeckung und Ausbeutung von Erdgasvorkommen beobachtet wurde. Infolge der Erdgasförderung in den 1960er Jahren schrumpfte der Industriesektor des Landes. Ursache hierfür waren die durch den Erdgashandel entstandenen Exportüberschüsse, die zur Aufwertung der holländischen Währung führten und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Industriegütererzeugnisse verschlechterten.

in Quito, La Paz und Caracas die Einkaufszentren wie Pilze aus dem Boden. Durch die veränderten Konsummuster hat die wirtschaftliche Außenabhängigkeit zugenommen, was die Staaten leicht dazu verführt, weiter auf die Rohstoffkarte zu setzen; was ökologisch wie ökonomisch kaum als nachhaltig bewertet werden kann.

In ihrer nationalen Entwicklungsagenda (*Plan Nacional de Buen Vivir* 2009–2013, 2013–2017) versprach die Regierung Correa der ecuadorianischen Bevölkerung eine weitreichende Transformation von einer Primärgüter- in eine Dienstleistungsökonomie. Trotzdem erfreut sich bislang kaum ein ecuadorianisches Manufakturprodukt mit höherem Technologiegrad einer nennenswerten Nachfrage. In den seltenen Fällen, in denen die Marktfähigkeit erzielt wurde, handelt es sich zumeist um Fertigungsarbeiten, deren Innovationsleistung im Ausland erbracht wurde. Entsprechend blieb deren Bedeutung für die ecuadorianische Ökonomie bisher marginal.¹¹8 Die angekündigte wirtschaftliche Diversifizierung, durch die Lösung von der Rohstoffwirtschaft, war hingegen nicht erkennbar. Im Gegenteil, während der Amtszeit der Mitte-Linksregierung von Rafael Correa wurde die Rohstoffwirtschaft weiter intensiviert: Die Ölförderung drang in bislang nicht erschlossenes Terrain vor, der Palmölanbau expandierte und man stieg in den Megabergbau ein (Matthes 2019:345–347).

Die Ursachen für die insgesamt schwache soziale Entwicklungsbilanz von Rohstoffstaaten werden wesentlich mit den bereits dargestellten negativen Effekten für die Ökonomien und politischen Institutionen bzw. Qualität der Demokratie erklärt. Nicht selten schlägt eine in Folge der Holländischen Krankheit ausgelöste Wirtschaftskrise durch Versorgungsengpässe oder leere Staatskassen in eine soziale Krise um – wie zuletzt besonders deutlich in Venezuela zu beobachten war. Negative Effekte auf die Qualität der politischen Institutionen bleiben daher selten ohne soziokulturelle Folgen. Korruption, Klientelismus und Misswirtschaft sind häufig für die unzureichende bzw. ungleichmäßige Versorgung von

<sup>18</sup> Ein wesentliches Hindernis stellte hierbei die bestehende Dollarisierung der ecuadorianischen Ökonomie dar. Folge der starken US-Wirtschaft in den vergangenen Jahren war ein hoher Kurs des US-Dollars. Die ecuadorianische Ökonomie glitt jedoch mit dem Fall des Erdölpreises 2013/14 schleichend in eine Wirtschaftskrise ab und hätte eine Abwertung der Währung vornehmen müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Produzenten zu erhalten. Aufgrund der Bindung an den US-Dollar war eine Abwertung jedoch ausgeschlossen und so blieben ecuadorianische Waren im Vergleich zu Gütern aus Nachbarstaaten ohne Dollarbindung deutlich teurer. Dieser Faktor schwächte die Wettbewerbsfähigkeit des ecuadorianischen Manufaktur- und Technologiesektors.

Teilen der Bevölkerung verantwortlich. Auch ziehen Konflikte im Zusammenhang mit der Rohstoffausbeutung zwangsläufig soziale Folgen nach sich.<sup>19</sup>

Entsprechend hat eine Wirtschaftsform wie der (Neo-)Extraktivismus auch verschiedene politische Effekte. So begünstigt Rohstoffreichtum die Bildung von ineffizienten und schwachen Institutionen (Ross 2001; Aslaksen 2010). Der Grund liegt im besonderen Charakter sogenannter Rentenstaaten (rentier-states) – also Staaten, deren Einnahmen sich zu einem großen Teil aus (externen) Renten generieren (Mahdavy 1970). Dort sind wesentliche Aktivitäten zentraler gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen auf die Aneignung der Rohstoffrenten gerichtet (rent-seeking behavior). Das rent-seeking zieht Aufmerksamkeit und Ressourcen der Institutionen aus anderen produktiven Aktivitäten ab (z.B. effektiver Steuer- und Finanzverwaltung) (Beblawi & Luciani 1987; Tornell & Lane 1999) und kann die Qualität der Demokratien beeinträchtigen. Stehen dem Staat die Rohstoffeinnahmen uneingeschränkt zur Verfügung, ist er nicht mehr primär auf die Finanzierung über Steuern angewiesen. Forderungen nach demokratischer Mitbestimmung lassen sich somit leichter zurückweisen. Angelehnt an die Worte der US-amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung "no taxation without representation", könnte die Parole des Renten-Staates lauten: "no taxation, no representation"! Werden die Herrschenden nicht von den steuerzahlenden Staatsbürgern finanziert, fühlen sie sich deren Ansprüchen weniger verpflichtet. Zur Sicherung der Loyalität der Bevölkerung kann der Renten-Staat auf die von Rohstoffeinnahmen gefüllten Staatskassen zurückgreifen und für den Machterhalt zentrale soziale Gruppen durch klientelistische Mechanismen einbinden. Die Rentenverteilung kann dabei nach sozialen und politischen Kriterien erfolgen, da diese weniger an ökonomische Zwänge gebunden ist (Ross 2001). Hierdurch steigt die Gefahr, dass sich politische Eliten über die Verteilung der Rohstoffrenten ihre Gefolgschaft erkaufen oder Institutionen manipulieren, um ihren Machterhalt zu sichern (Karl 1997). Derartige Konstellationen öffnen autoritären Herrschaftspraktiken Tür und Tor. In der Regel stützt sich der Rentenstaat dabei auf einen gut ausgestatteten Repressionsapparat, mit dem er sich gegen Oppositionsbewegungen absichert. Vergleichsweise hoch sind daher häufig die Ausgaben für innere Sicherheit (Sandbakken 2006; Tsui 2010). Verschiedene Arbeiten sehen dabei eine erhöhte Gefahr von gewaltsamen Konflikten bis hin zu Bürgerkriegen (Humphreys 2005; WTO 2010:91-97; CEPAL 2014:268-270).

Parallel mit der Expansion der Rohstoffwirtschaft nahm auch die Zahl der damit im Zusammenhang stehenden sozioökologischen Konflikte zu. Dies kann exemplarisch an der

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Zahlreiche Beispiele belegen in Rentenstaaten hohe Raten von Korruption, Vetternwirtschaft sowie Fälle von persönlicher Bereicherung (Kruger 1974; Burgis 2016). Im Frühjahr 2017 erschütterte der Odebrecht-Skandal Lateinamerika. Der brasilianische Baukonzern räumte ein, über Jahre rund 788 Millionen Dollar Schmiergeld in insgesamt zwölf lateinamerikanischen Ländern gezahlt zu haben. Als Gegenleistung sicherte sich der Konzern die Zuschläge bei lukrativen Großprojekten während der Rohstoffboomjahre, darunter beim Bau von Stadien, Flughäfen, Fabriken, U-Bahnen, Straßen und Staudämmen. Im Zuge der Ermittlungen landeten etliche ranghohe Politiker auf der Anklagebank. In Peru nahm sich Ex-Präsident Alejandro Toledo das Leben, um seiner Verhaftung zu entgehen. In Ecuador wurde der ehemalige Vizepräsident Jorge Glas zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Der Skandal steht beispielhaft für die hohe Korruptionsanfälligkeit in den Rohstoffexportländern.

Ausweitung des Bergbausektors gezeigt werden (Mähler et al. 2011; Svampa 2012; OCMAL 2014; Defensoría del Pueblo 2012 für Peru; Göbel 2013 für Argentinien). Das Observatorium für Bergbaukonflikte in Lateinamerika führt auf dem Subkontinent 264 Konflikte auf, die im Zusammenhang mit der Förderung von Metallen und Mineralien stehen (Stand 07/2019). Zu berücksichtigen ist dabei, dass diese größtenteils ab dem Jahr 2000 aufgekommen sind.<sup>20</sup> Die Auseinandersetzungen reichen von sozialen Mobilisierungen gegen die Extraktionsprojekte bis hin zu schweren gewaltsamen Zusammenstößen i.d.R. zwischen lokalen Gegnern der Abbauprojekte und (para-)staatlichen Sicherheitskräften. In zahlreichen Fällen sind Kleinbauern und indigene Gruppen in diese Konflikte involviert (s. bspw. OCMAL 2019). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ländliche Gemeinschaften bzw. indigene Bevölkerungssegmente direkt von der extraktiven Industrie betroffen sind, da bspw. Rohstoffvorkommen in ihren Siedlungsgebieten vermutet werden. Im Verlauf der Kolonisierungswellen des Subkontinents wurde die indigene Bevölkerung zunehmend in periphere Lagen und Randgebiete verdrängt. Hierbei handelte es sich häufig um ländliche Räume, die aufgrund ihrer Abgelegenheit oder der vermeintlichen Unproduktivität des Bodens nicht unmittelbar das Interesse von Siedlern, Unternehmen oder Staaten weckten (s. bspw. Gabbert 2018a:5-10; für Zentralamerika Gabbert 2020 sowie für Paraguay Wicker 2017:154-163, 174-182).

Im Zuge des jüngsten Primärgüterbooms und der faktischen Endlichkeit vieler Rohstoffvorkommen (Boden, Wasser, fossiler Energien) ist die Tendenz einer neuen Landnahme (*land grabbing*) durch die extraktive Industrie festzustellen (bspw. Fritz 2009). Die Expansion des (Neo-)Extraktivismus führte so in vielen Fällen u.a. zur Zerstörung der traditionellen materiellen Lebensgrundlage vieler bäuerlicher und indigener Gemeinschaften. Ökologische Auswirkungen des (Neo-)Extraktivismus können demnach auch die Ernährungssicherheit verwundbarer Bevölkerungssegmente und nachhaltigere Entwicklungsprojekte bedrohen (Matthes 2019:294–299).

Mit dem Auftauchen der Förderunternehmen verändern sich oftmals in kurzer Zeit das soziale Gefüge und die Lebensweise in den Gemeinschaften. Oft sind fehlende Gesetze

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Grund für die Expansion war die weltweit gestiegene Nachfrage nach Metallen und Mineralien v.a. in den Staaten des Globalen Nordens sowie in den sogenannten Schwellenländern, allen voran China. Neben den traditionell begehrten (Edel-)Metallen und Mineralien wie Gold, Kupfer, Eisen, Zink, Zinn oder Bauxit stieg durch das Aufkommen neuer Märkte in der Kommunikations- und Medizintechnik oder der Green Economy (Elektromobilität, Wind- und Solarenergie) die Nachfrage nach den sogenannten "Seltenen Erden", wie Titan, Coltan, Uran und Lithium (Peripherie 132: 1). Die lateinamerikanischen Länder verfügten u.a. über 65 % der bekannten Lithiumvorkommen, 49 % der Silberquellen und 44 % der weltweit vermuteten Goldressourcen (Acquatella et al. 2013:28-29). Neue Techniken versprachen eine höhere Effizienz beim Abbau von Metallen und Mineralien. Dadurch stieg das Interesse auch an solchen Rohstoffquellen, deren Inwertsetzung noch vor wenigen Jahren unwirtschaftlich erschien (Gómez Montes & Eschenhagen 2014:389-390). Jedoch sollen die reichhaltigsten und relativ gut zugänglichen Vorkommen vieler (Edel-)Metalle und Mineralien bereits weitgehend erschöpft sein (Larmer 2009:11). Entsprechend groß ist der Druck, neue Rohstoffquellen zu erschließen. Diese Konstellation löste in Lateinamerika in den vergangenen Jahren einen regelrechten Bergbauboom aus, indem der Sektor auch in Staaten mit einer vergleichsweise geringen Bergbautradition, wie Argentinien und eben auch Ecuador, expandierte (FDCL 2015:1).

sowie die oftmals prekären sozialen Bedingungen (wie Zugang zu Basisgütern, Behausung, Armut) in den Abbauregionen die Ursache dafür, dass die verwundbareren Segmente der Bevölkerung (insb. Frauen, Kinder, Ältere oder ethnische Minderheiten) keinen ausreichenden rechtlichen, physischen oder sozialen Schutz erfahren. Diese negative Folge von Rohstoffextraktion wurde bisher wenig erforscht. Jedoch belegen Arbeiten aus dem Feld der "politischen Ökologie" (Bryant & Bailey 2005 [1997]), dass die Auswirkungen massiver Umweltveränderungen in erster Linie die am leichtesten verwundbaren Teile einer Gesellschaft (ohne Zugang zu Basisgütern und Grundversorgung) treffen und so die soziale Ungleichheit verstärken (hierzu auch Dietz 2011a; 2011b; UNDP 2014:33; Hackfort 2015).

Diese negativen Effekte treten v.a. in den Zonen und Gebieten, in denen die Extraktion direkt vorgenommen wird und die Hinterlassenschaften offen zu Tage treten, auf. Dort sind neben massiven Umweltschäden nicht selten besonders hohe Armutsraten festzustellen (Acosta 2009:30; 2011b). Ein häufiges Problem ist zudem die mangelhafte Anerkennung kultureller Rechte und die fehlende Einbeziehung der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse über die Extraktionen (Schilling-Vacaflor 2010; Gudynas 2011; Salgado et al. 2011; Ströbele-Gregor 2012; Svampa 2012; 2013; Göbel 2013:177-178; Anaya 2013a; Dietz 2017; Bebbington 2009:18). Besonders betroffen sind hierbei die soziokulturellen und politischen Rechte von (ethnischen) Minderheiten (Göbel 2013:165–180; Svampa 2013:79-92; Matthes 2019:280-330). Dies ist bspw. der Fall, wenn durch eine Extraktion der Lebensraum bedroht wird, eigene Ambitionen auf die Nutzung der Ländereien bestehen oder die Gemeinschaften eine divergierende Vorstellung von der "Entwicklung" ihrer Gemeinden und Territorien haben (Anaya 2013a:3). Aufgrund dieser Konstellationen steht die Verletzung von Menschenrechten indigener Gruppen oftmals im Zusammenhang mit extraktiven Projekten (Amnesty International 2012a; 2012b; 2012c; Anaya 2013a). Zentral sind daher die Frage(n) danach, wie die Rohstoffe gefördert und die betroffenen Teile der Bevölkerung einbezogen werden (Bebbington 2009) bzw. wie mit Konflikten umgegangen wird.

#### 3. Indigene Autonomie und selbstbestimmte Entwicklung

Nachdem zahlreiche lateinamerikanische Staaten noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts große Anstrengungen unternahmen, die indigene Bevölkerung in einen kapitalistisch wirtschaftenden, kleinbäuerlichen Sektor zu integrieren (Gabbert 2011:275), bestimmen seit den 1980er Jahren Konzepte wie "Territorium", "Kultur" und "ethnische Identität" sowie Rechte auf "Autonomie" und "selbstbestimmte Entwicklung" die Diskussion um die Zukunft dieser Gruppen (siehe z.B. Ströbele-Gregor 2007; Gabbert 2018b). Zwar haben viele Regierungen angesichts der von ihnen präferierten extraktiven Entwicklungsmodelle kein großes Interesse an einer effektiven Implementierung indigener Autonomierechte gezeigt, doch hat die Ausweitung des rechtlichen Rahmens der indigenen Bevölkerung neue Möglichkeiten gegeben, politisch zu partizipieren, Rechte einzufordern und Rohstoffprojekten multinationaler Unternehmen und Regierungen Grenzen zu setzen. Dabei können

die als Rechtssubjekte bestimmten "indigenen Völker" jedoch nur teilweise auf gemeinsame Perspektiven und Praktiken zurückgreifen, da es sich häufig um Gruppen handelt, die bislang nicht über gemeinschaftliche Strukturen und Identitäten verfügen (Gabbert 2011:276–281; 2019). Auseinandersetzungen um Extraktivismus, Rohstoffe und nachhaltige Entwicklungsalternativen finden daher nicht nur im Verhältnis zu externen Akteuren statt, sondern werden auch vom massiven kulturellen und soziopolitischen Wandel indigener Bevölkerungsgruppen beeinflusst.

Im Laufe ihrer ca. 200-jährigen Geschichte haben die lateinamerikanischen Staaten Ethnizität und ethnische Sonderrechte vor allem als Problem für die nationale Entwicklung definiert. Nach ihrer Unabhängigkeit sollte diese über den Außenhandel, die Erweiterung landwirtschaftlicher Nutzflächen sowie durch Binnenkolonisation gefördert werden, was u.a. die Auflösung noch bestehenden indigenen Gemeinschaftslandes erforderlich machte (König 2006:391).<sup>21</sup> Zugleich gerieten indigene Gemeinden vielerorts in die Abhängigkeit von Großgrundbesitzungen (Haciendas), ihre Angehörigen wurden zu Tagelöhnern oder fielen gänzlich der Schuldknechtschaft anheim (Healy 1982; Assies 2009:296; Gabbert 2012:264-265). Eine erste bedeutsame Zäsur in dieser generalisierten Tendenz war die mexikanische Revolution (1910–1920), zu deren Auslösern der Kampf gegen die extrem ungleichen Landbesitzverhältnisse zählte (Kicza 2004:xxv). In der Verfassung von 1917 wurde daraufhin die Rückgabe enteigneten Bodens sowie die Vergabe von Land an landlose Dörfer vorgesehen (Schüren 1997:35, s. auch Assies & Duhau 2009). Ähnliche Vorhaben wurden ab der Jahrhundertmitte auch in Staaten wie Guatemala (ab 1952), Bolivien (ab 1953), Paraguay (ab 1963), Chile (ab 1964) und Peru (ab 1968) formuliert (Barraclough 1999; Kicza 2004:xxvii).

Obgleich die davon ausgehenden Agrarreformen im Allgemeinen auf die Zustimmung der Betroffenen stießen, zeigten sich bald auch ihre problematischen Seiten.<sup>22</sup> Wie Erwin H. Frank am Fall von Ecuador ausgeführt hat, bestanden diese besonders darin, dass sie "das Indioproblem [...] einseitig auf ein Kleinbauernproblem [reduzierten]" (Frank 1992:52). Gerade da indigene Gemeinden als "rückständig" bzw. "primitiv" erachtet wurden (Wade 2010:60), sollten die Reformen nicht zur Wiederherstellung oder Erhaltung, sondern vielmehr zur Überwindung kommunaler Lebensweisen, Produktionsformen und der ethnischen

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Enteignung und Privatisierung nahmen daraufhin unterschiedliche Formen an. In ehemaligen kolonialen Kerngebieten (z.B. im Hochland Guatemalas und Boliviens) sollten Angehörige indigener Dorfgemeinschaften individuelle Landrechtstitel innerhalb ihres nun als Staatseigentum definierten Gemeindelandes erwerben (siehe dazu McCreery 2004:192; Klein 2011:136 und für Zentralamerika insgesamt Gabbert 2020). In peripheren Tieflandgebieten, z.B. in Paraguay, wurden ausgedehnte Gebiete verstaatlicht und weiterverkauft, ohne die dort ansässige Bevölkerung darüber zu informieren (Wicker 2017:15).

In vielen Fällen wurden anfängliche Erfolge zudem bald durch gewaltsame politische Umstürze revidiert. So z.B. 1954 in Guatemala (Barraclough 1999:16–17) und 1973 in Chile (Sáez-Arance 2013:61–63). In Nicaragua wurden die von der sandinistischen Revolution (1979) ausgehenden Reformen durch das US-Handelsembargo sowie den Kampf US-finanzierter Rebellen (Contras) gegen die Regierung bald wieder zunichte gemacht (Barraclough 1999:30–32).

Unterschiede zur restlichen Bevölkerung beitragen.<sup>23</sup> Die Agrarreformen sahen dafür in der Regel die Umorganisation indigener Gemeinden in Landarbeiter- oder Kleinbauernkooperativen vor, deren Mitgliedern Land zur genossenschaftlichen Nutzung zugewiesen wurde. Diese Praxis führte in vielen Staaten zur Entstehung eines breiten, allerdings häufig kaum auf Subsistenzniveau wirtschaftenden bäuerlichen Sektors. So zum Beispiel in Ecuador, wo sich die Landreform darauf beschränkte, den ehemaligen Hacienda-Arbeitern jene kleinen Landstücke zu überlassen, welche diese dort bereits zuvor zu ihrer Selbstversorgung bebaut hatten (Frank 1992:52). Um überhaupt überleben zu können, wurde die unzureichende Subsistenzproduktion auf diesen, durch Erbteilung beständig weiter zerstückelten Parzellen zunehmend mit der Arbeitsmigration in die städtischen Zentren des Landes kombiniert. Probleme zeigten sich ferner auch darin, dass viele Indigene zwar damit begonnen hatten, die äußeren Zeichen ihrer indigenen Zugehörigkeit (z.B. Sprache, Ponchos, Hüte) abzulegen, dabei jedoch weiterhin unter drastischer Diskriminierung litten (Frank 1992:52–54, 61).<sup>24</sup>

Entgegen ihrer Zielsetzung trugen diese Reformen gerade durch den Widerspruch zwischen Integrationsversprechen und weiterbestehender Diskriminierung dazu bei, Forderungen nach ethnischen Sonderrechten den Boden zu bereiten. Ein entscheidender Anteil kommt dabei neuen indigenen Eliten zu, denen im Zuge staatlicher Anstrengungen zum Ausbau der Bildungssysteme ein begrenzter sozialer Aufstieg gelungen war (z.B. durch Oberschul-, Universitäts- oder Berufsausbildung), welche andererseits jedoch weiterhin aufgrund ihrer indigenen Herkunft herabgesetzt wurden.<sup>25</sup> Auf dieser Grundlage sind seit den 1970er Jahren lateinamerikaweit indigene Organisationen und Vereinigungen entstanden, welche die Anerkennung der indigenen Bevölkerung als "Nationalitäten" bzw. "Nationen" und "Völker" fordern (s. dazu Albó 1991; Assies et al. 2000; Yashar 2006; Pfaff-Czarnecka et al. 2007). Konkrete Forderungen richten sich dabei auf die Anerkennung politischer Selbstverwaltungsrechte ("indigene Territorialautonomie/indigene Auto-

Rodolfo Stavenhagen, bekannter mexikanischer Soziologe und ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte indigener Völker, hat die Ziele dieser als *indigenismo* bekannt gewordenen Reformen für Mexiko folgendermaßen beschrieben: "Das erklärte Ziel [...] war [...] die Eingliederung der indigenen Bevölkerung in die mexikanische Nation. Es wurde angenommen, dass die indigenen Völker aufgrund ihrer geographischen und kulturellen Isolation wirtschaftlich rückständig seien. Indigene Kulturen – insbesondere ihre Sprachen – wurden als ernsthaftes Hindernis für die nationale Integration angesehen, da sie die indios von der dominierenden mestizischen Kultur, der sogenannten Nationalkultur, trennten" (Stavenhagen 1980:44–45, Übers. M.F.; s. dazu auch Gabbert 1992; Oertzen 1992:3; Wade 2010:31; Schüren & Gabbert 2013:126–134).

Wie Xavier Albó am Fall Boliviens resümiert, hatten viele Staaten zwar wie nie zuvor Anstrengungen unternommen, die indigene Bevölkerung auf gerechtere und formellere Weise einzubeziehen. Die koloniale Struktur war dabei jedoch im Grunde durch alte und subtilere neue Wege aufrechterhalten worden, d.h. sie kam "nun nicht mehr so sehr in der Ausgrenzung und direkten Ausbeutung auf der Hacienda zum Ausdruck, sondern im Fortbestehen des brutalen Gegensatzes zwischen Land und Stadt in Bezug auf den Zugang zu gemeinsamen Gütern und Dienstleistungen; und im ideologischen Bereich in der Notwendigkeit, die ursprüngliche Identität als Tribut für die Erreichung der vollen Staatsbürgerschaft zu verlieren" (Albó 2008:26; Übers. M.F.).

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Für Ecuador siehe Frank 1992:53–55, für Mexiko Schüren & Gabbert 2013:133–134, für Bolivien Albó 2008:27–28.

nomie") im Rahmen der staatlichen Einheit, womit insbesondere auch die Kontrolle über natürliche Ressourcen gemeint ist. In den Worten der einflussreichen indigenen Dachorganisation Ecuadors, CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador):

"Autonomy implies Indigenous peoples' rights to control our territories, including renewable and non-renewable resources [...]. On the other hand, autonomy means that indigenous peoples will be able to control our internal affairs, and will be fully entitled to establish our self-government democratically" (CONAIE-ECUARUNI-CDDH 1990, zit. in González 2015:10).

Es ist kein Zufall, dass derartige Forderungen nach Territorialautonomie und Ressourcenkontrolle zunächst vor allem von indigenen Organisationen in der Amazonasregion vertreten wurden (Assies 2005:535–536). Dies hat damit zu tun, dass diese Region bis weit in das 20. Jahrhundert nur marginal in die jeweiligen Staaten integriert war, ihre "Entwicklung" jedoch ab der Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend in den Fokus staatlicher Modernisierungsbestrebungen rückte (Albó 2008:25; Barragán 2008:114). In der Amazonasregion trafen diese Bestrebungen, v.a. die Konstruktion von Infrastruktur, die Ausbeutung von Bodenschätzen sowie die Ausweitung der Agrar- und Siedlungsgrenzen, auf kulturell äußerst vielfältige und stark zerstreut lebende indigene Gesellschaften. Diese waren zumeist auf der Basis von Verwandtschaftsgruppen organisiert und verfügten über kein übergreifendes ethnisches Gemeinschaftsbewusstsein. Ihre Subsistenz basierte in der Regel auf Wanderfeldbau in Kombination mit Jagd, Fischfang und Sammeln und setzte daher die Existenz großer Waldflächen ohne fest bestimmte Grenzen voraus (Münzel 1985:12; Assies 2005:536). Wie Assies betont, war es in diesem Kontext nutzlos, "Land" (tierras) im Sinne der Agrarreformgesetzgebungen zu fordern, welche an die sesshafte bäuerliche Landwirtschaft angepasst waren. Das Vordringen des "Fortschritts" erforderte stattdessen, "unser Land" (nuestras tierras) zu demarkieren, d.h. eine räumliche Abgrenzung vorzunehmen und sie mit einer definierten indigenen Zugehörigkeit zu verknüpfen. In diesem u.a. von Menschenrechtsaktivisten und Anthropologen unterstützten Prozess wurde das "indigene Territorium" (bzw. "die indigene Autonomie") schließlich zu einem zentralen Bestandteil des pan-indianistischen Diskurses (Assies 2005:536).

Inzwischen hat das Konzept der Territorialautonomie über die Amazonasregion hinaus in Lateinamerika starken Widerhall gefunden. So knüpft es einerseits an zentrale Schlüsselbegriffe des Völkerrechts an ("Territorium", "Volk", "Selbstbestimmung") und kann andererseits auf verbreitete Problemkonstellationen angewendet werden. Vielerorts sind indigene Bevölkerungsgruppen von den negativen Folgen der Ausbeutung von Bodenschätzen, der Konstruktion von Infrastruktur und der Ausweitung von Agrar- und Siedlungsgrenzen bedroht (s. Abschnitt 2). Ferner sind indigene Lebensweisen und Wirtschaftsformen auch in anderen Fällen nur schwer mit den Vorgaben von Agrargesetzgebungen vereinbar (s. Abschnitt 4). Dies gilt z.B. für die Maya-Bauern des südlichen Meso-Amerika (Yucatán), deren Brandrodungsfeldbau einen regelmäßigen Felderwechsel erforderlich macht, wie auch für die indigene Bevölkerung der tropischen Waldregionen im zirkum-karibischen Raum, wo der Wanderfeldbau häufig durch Jagd, Fischfang und Sammelwirtschaft ergänzt wird (Lindig u. Münzel 1976:178, 198–200). An diese Problematik hat jüngst auch Wicker in

einem Beitrag zur Entwicklung der Landrechtsfrage in Paraguay erinnert. Dort erwähnte die Agrargesetzgebung indigene Bevölkerungsgruppen erstmals in den 1960er Jahren, indem sie ihnen "gönnerhaft' das Recht zugestand, ihr eigenes Gebiet zu 'kolonisieren' und – analog den *Campesinos* [Kleinbauern] – Parzellen vom Staat zu kaufen" (Wicker 2017:161).<sup>26</sup> Wie Wicker dazu ausführt, wurden diese Bestimmungen von den indigenen Gemeinden einhellig abgelehnt, da sich eine derartige Parzellierung weder mit ihrer Lebensweise in Streusiedlungen, "noch mit ihrem Wunsch nach freier Mobilität sowie dem Erhalt einer nicht eigentumsrechtlich organisierten Wirtschaft (Brandrodungsfeldbau, Jagd, Fischfang)" vereinbaren ließ (Wicker 2017:164).

Indigene Forderungen nach Autonomie- und Rohstoffrechten sind zunächst besonders international auf ein gewogenes Umfeld gestoßen (Stavenhagen 2009:3-4; Anaya 2009:52-53). Dies manifestiert sich in einer Reihe von Übereinkünften, Erklärungen sowie Kontrollinstrumenten, welche von verschiedenen UN-Organisationen in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen worden sind.<sup>27</sup> Von zentraler Bedeutung sind dabei das "Übereinkommen 169 über indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern" (ILO 1989 bzw. "ILO 169"), die "Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker" (Vereinte Nationen 2007 bzw. "UNDRIP") sowie die von der Organisation Amerikanischer Staaten beschlossene "Amerikanische Erklärung über die Rechte indigener Völker" (OAS 2016 bzw. "AERIV"). Alle drei Dokumente fordern Regierungen und Staaten dazu auf, das Eigentumsrecht der "indigenen Völker" auf ihr traditionelles Land und die dort befindlichen natürlichen Ressourcen anzuerkennen (z.B. UNDRIP Art. 25-29; ILO 169 Art. 14–19; AERIV Art. 6, 11, 25). Zudem verpflichten sie die Staaten darauf, indigene Gruppen zu konsultieren, bevor sich politische Entscheidungen oder weitere Maßnahmen auf indigenes Land und die dort befindlichen Rohstoffe auswirken. Gemäß der Erklärung der Vereinten Nationen und der Amerikanischen Erklärung geht damit zudem die Verpflichtung einher, die Zustimmung der betroffenen Gruppen einzuholen:

"Die Staaten verständigen sich und kooperieren nach Treu und Glauben mit den betroffenen indigenen Völkern, über deren eigene repräsentative Institutionen, um ihre

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Eine Hauptzielsetzung dieser Reform war, die Macht der Latifundisten zu brechen. Im Unterschied zu den anderen, in diesem Abschnitt geschilderten Fällen ging von den Latifundien Paraguays allerdings kein starker Druck auf indigene Land- und Lebensverhältnisse aus. Einzelne Landgüter umfassten zum Teil mehrere hunderttausend Hektar und wurden extensiv bewirtschaftet. In der Regel gründete man dort an Flüssen Niederlassungen, um angeworbenes Personal für den Holzschlag und die Mategewinnung in die Wälder zu schicken. Damit blieb den ansässigen indigenen Gemeinden zumeist genügend Raum, um Brandrodungsfeldbau zu betreiben sowie der Jagd und dem Fischfang nachzugehen. Es war dann speziell die von den Agrarreformen vorgesehene Transformation der Latifundien in intensiv bewirtschaftete Betriebe, welche indigene Gemeinden unter Druck setzte, Rückzugsgebiete verkleinerte und zu Vertreibungen führte (Wicker 2017:154–156).

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Hervorzuheben ist ferner der Einfluss internationaler Finanzinstitutionen. Zum Beispiel hat die Weltbank seit den 1980er Jahren ihre operativen Richtlinien schrittweise an internationale Erklärungen und Übereinkünfte wie das ILO-Übereinkommen angepasst. Dadurch will sie sicherstellen, dass "der Entwicklungsprozess die Würde, die Menschenrechte, die Wirtschaft und die Kulturen der indigenen Völker voll und ganz respektiert" (Weltbank 2005: Abs. 2, zit. in Sawyer u. Gomez 2012:13, Übers. M.F.; s. dazu auch Inspection Panel 2016).

freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung zu erhalten, bevor sie ein Projekt genehmigen, das sich auf ihr Land oder ihre Gebiete und sonstigen Ressourcen auswirkt, insbesondere im Zusammenhang mit der Erschließung, Nutzung oder Ausbeutung von Bodenschätzen, Wasservorkommen oder sonstigen Ressourcen" (UNDRIP Art. 32, Nr. 2; s. auch AERIV Art. 29, Nr. 4).<sup>28</sup>

In diesem Zusammenhang werden Regierungen und Staaten ferner dazu aufgefordert, die rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme der "indigenen Völker" anzuerkennen. Ausdrücklicher als das ILO-Übereinkommen betonen die Erklärung der Vereinten Nationen und die Amerikanische Erklärung, dass damit das Recht auf Selbstbestimmung einhergeht, d.h. Kraft dieses Rechts bestimmen "indigene Völker" den eigenen politischen Status und gestalten in Freiheit ihre eigene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. Dabei besitzen sie das Recht auf Autonomie, womit nicht Eigenstaatlichkeit gemeint ist, sondern die autonome Regulierung innerer und lokaler Angelegenheiten (UN-DRIP Art. 3; AERIV Art. 3 u. 21).<sup>29</sup>

Nach Raquel Yrigoyen (2011) lässt sich die konstitutionelle Anerkennung indigener Rechte in Lateinamerika in drei Reformphasen unterteilen. In den 1980er Jahren erkannten Verfassungen zunächst den mehrsprachigen Charakter der Gesellschaft sowie das Recht auf kulturelle Identität an. In den 1990er Jahren definierten neue Reformen den Staatscharakter als "multiethnisch/multikulturell", womit u.a. die offizielle Anerkennung indigener Sprachen, das Recht auf interkulturelle zweisprachige Erziehung sowie Land- und Konsultationsrechte einhergingen.<sup>30</sup> Ferner erkannten sie nun auch die Kompetenz indigener Gruppen an, in begrenztem Maßstab und unter verfassungsmäßiger Kontrolle Funktionen

Die Amerikanische Erklärung nimmt Kolumbien explizit von der Verpflichtung aus, diese Zustimmung einzuholen. In Fußnote 4 der Erklärung liegt dazu eine Stellungnahme Kolumbiens vor: "Im internationalen Kontext ist Kolumbien führend bei der Umsetzung der Bestimmungen des Übereinkommens Nr. 169 [...] zur Konsultation [...]. Da sich der Ansatz der Amerikanischen Erklärung im Hinblick auf die vorherige Zustimmung davon unterscheidet und einem möglichen Veto gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den indigenen Gebieten gleichkommen könnte, wenn kein Einvernehmen hergestellt werden kann, und dies Prozesse, die im allgemeinen Interesse liegen, zum Stillstand bringen könnte, ist der Inhalt dieses Artikels für Kolumbien nicht akzeptabel" (AERIV FN 4, Übers. M.F.).

Durch die Ratifikation des ILO-Ubereinkommens verpflichten sich Regierungen dazu, dessen Inhalte in Politik und Gesetzgebung umzusetzen. Ausgehend davon hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) inzwischen zahlreiche Staaten (u.a. Peru, Mexiko, Bolivien, Dänemark, Ecuador und Kolumbien) zur Einhaltung der Konvention aufgefordert (McKay 2010:21–51). Die Vereinten Nationen verfügen mit einem Sonderberichterstatter sowie dem "Ständigen Forum über indigene Angelegenheiten" über zwei spezialisierte Organe, welche über die Implementierung indigener Rechte Bericht erstatten. Das interamerikanische Menschenrechtssystem verfügt über eine Menschenrechtskommission sowie den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Im Unterschied zur Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten haben sich allerdings weder die USA noch Kanada seiner Gerichtsbarkeit unterworfen (Wissenschaftliche Dienste 2018:4, 7). Ferner verweigern beide Staaten der "Amerikanischen Erklärung über die Rechte indigener Völker" die Anerkennung (Rojas Dávila & Jacanamijoy Jacanamejoy 2020:4).

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Zugleich eröffneten sich vielerorts neue politische Partizipationsmöglichkeiten. Ein interessantes Beispiel dafür ist das bolivianische "Ley de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas" ("Gesetz über Bürgervereinigungen und indigene Völker", Übers. M.F.) von 2004. Dieses Gesetz eröffnete indigenen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, unabhängig von Parteien bei politischen Wahlen anzutreten (vgl. Bolivien 2004).

der eigenen Gerichtsbarkeit und der Organisation ihrer inneren öffentlichen Ordnung auszuüben (Yrigoyen 2011:141–143).<sup>31</sup> Die jüngste Reformwelle wird von den gänzlich neugeschaffenen Verfassungen Ecuadors (2008) und Boliviens (2009) repräsentiert, welche den Staat als "plurinational" bestimmen, auf umfangreiche Weise indigene Rechte anerkennen und sich dadurch, wie Yrigoyen hervorhebt, "der historischen Herausforderung stellen, dem Kolonialismus ein Ende zu setzen" (Yrigoyen 2011:149, Übers. M.F.). Zu ihren Kernbestandteilen zählen folglich Rechte auf Selbstbestimmung und territoriale Autonomie. In den Worten der bolivianischen Verfassung:

"Aufgrund der präkolonialen Existenz der originären Völker und Nationen und der althergebrachten Herrschaft über ihre Territorien wird ihnen die freie Selbstbestimmung im Rahmen der staatlichen Einheit garantiert, diese besteht gemäß dieser Verfassung und gemäß dem Gesetz in ihrem Recht auf Autonomie, auf Selbstverwaltung, auf ihre eigene Kultur, auf die Anerkennung ihrer Institutionen und auf die Konsolidierung ihrer Gebietskörperschaften" (Bolivien 2009b: Art. 2).

Selbstbestimmung und Plurinationalität beinhalten dabei ferner das Recht der "indigenen Völker", an den gemeinsamen staatlichen Institutionen zu partizipieren, z.B. durch eigene Abgeordnete in der Legislative sowie durch Verfassungsrichter, welche "indigene Rechtssysteme" repräsentieren (Bolivien 2009a: Art. 197; Santos 2012a:339–342). Ebenso ordnen die Verfassungen die Konsultation indigener Bevölkerungsgruppen an, bevor politische Entscheidungen oder rechtliche Maßnahmen getroffen werden, welche die Rechte dieser Gruppen verletzen könnten. Dies gilt insbesondere in Zusammenhang mit der Rohstoffausbeutung (Ecuador 2008: Art. 57, Nr. 7; Bolivien 2009a: Art. 304, I, Nr. 21 u. Art. 403 I).

Während derartige Verfassungsreformen große Erfolge für die indigene Bevölkerung darstellen, wird das Erreichen der angestrebten Ziele allerdings von ihrer weiteren Umsetzung abhängen. Als größter Stolperstein gilt insbesondere der nur gering ausgeprägte Wille, welchen die politischen Eliten lateinamerikanischer Staaten häufig gerade dann zeigen, wenn es darum geht, effektive Räume für indigene Selbstverwaltung zu schaffen (González 2015:11-12). Politische Entscheidungsprozesse reflektieren dabei weiterhin gesellschaftliche Machtverhältnisse, ökonomische Interessen und Entwicklungsvorstellungen, von welchen indigene Gruppen in der Regel nicht nur in politischer, sondern auch in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht weitgehend ausgeschlossen sind (Stavenhagen 2009:8). Besonders deutlich kommt dies darin zum Ausdruck, dass zeitgleich mit der Anerkennung indigener Rechte Verfassungsreformen durchgeführt wurden, welche die Umsetzung neoliberaler Politik im Kontext der Globalisierung erleichtern sollten. So ist der Neoliberalismus in Lateinamerika seit den 1970er Jahren u.a. durch die Öffnung der nationalen Okonomien für ausländisches Kapital und Waren, die Anwendung von Marktmechanismen in möglichst vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und die weitgehende Begrenzung der Staatsaufgaben auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Sicherung der bestehenden Eigentumsordnung gekennzeichnet. Wie Wicker am Beispiel der Verfassung Paraguays (1992) zeigt, führt die Überlagerung dieser Politiken mit

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Dieses Modell fand Anwendung in Kolumbien (1991), Mexiko u. Paraguay (1992), Peru (1993), Bolivien u. Argentinien (1994), Ecuador (1998), Venezuela (1999).

indigenen Rechten zu einer höchst widersprüchlichen Situation, d.h. einerseits sollen indigene Land- und Territorialrechte ausgebaut und andererseits Investorenrechte gestärkt werden (Wicker 2017:177).

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der nordamerikanische Anthropologe Charles Hale schon seit längerer Zeit mit dem Verhältnis von politischem und ökonomischem Neoliberalismus und indigenen Rechten. Hale geht davon aus, dass sich neoliberale Politik in gewissem Umfang durchaus mit der Anerkennung indigener Rechte vereinbaren lässt und diese z.T. sogar aktiv betreibt, was u.a. die Legitimität des Staates gegenüber Minderheiten erhöht und auch angesichts des Paradigmenwechsels auf internationaler Ebene geboten erscheint. Dies gelte allerdings nur solange, wie die grundlegenden politischen Strukturen und das Akkumulationsmodell als solches nicht tangiert würden. Die Änderungen der Verfassungen, die eine Anerkennung der ethnischen Vielfalt beinhalten, oder die Gewährung von kulturellen Rechten (z.B. zweisprachige, bikulturelle Erziehung) erscheinen demnach wenig problematisch (Hale 2002; 2004). Diese Tendenz würde, so Hale, – zumindest in Zentralamerika – auch durch eine bedeutende Veränderung des Akkumulationsmodells seit den 1980er Jahren gestützt. Die klassischen Agrarexporte hätten an Bedeutung verloren, große Städte, Montagebetriebe (maguilas), Finanzdienstleistungen, Bau und der durch die finanziellen Rücksendungen von Migranten angetriebene Handel seien die neuen zentralen Elemente. Die "leeren Räume" - wie z.B. der Großteil der atlantischen Tiefländer spielten in dem "neuen Modell wirtschaftlicher Entwicklung" keine große Rolle. Auch sei dort der Staat nicht wirklich präsent und habe kein Interesse mehr an einer durchgreifenden Integration dieser Gebiete (Hale 2011:191–194). Vor dem Hintergrund einer solchen "räumlich differenzierten Herrschaft" könnten sich neoliberale Reformen und indigene Landrechte unter bestimmten Umständen gut ergänzen. So förderten Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) einerseits die "Modernisierung" der Landregister (Klärung von Besitzrechten, Vermessung von Grundstücken, Vergabe von Landtiteln) zur Erleichterung von Investitionen in Erzausbeutung oder Tourismus und schüfen damit einen Markt für Landaufkäufe. Andererseits unterstützten sie unter dem Leitspruch "Entwicklung mit Identität" die Demarkierung von Gemeindeland (community land) (Hale 2011:194-195; siehe z.B. Herlihy & Tappan 2019:77–80). Hale fasst die dahinterstehende Rationalität wie folgt zusammen:

"An implicit economic rationale underlies this apparent benevolence. Even if large swaths of territory are excluded from the land market, regularization of land tenure pays off, both because the rest of the land becomes fair game for commoditization and because the existence of collectively owned property poses no direct challenge to the principle of private property or to the reign of market forces, but does achieve the key goal of replacing chaos and contention with an intelligible, predictable and market-friendly grid of property rights. [...] The neoliberal state is divesting itself of its mandate for territorial encompassment, opting instead for differentiated zones of governance fashioned according to entrepreneurial criteria. These developments are largely compatible with the partial recognition of cultural rights and with limited notions of territorial autonomy as well" (Hale 2011:195, 202).

So entstünden "abgestufte Zonen der Souveränität" (Ong 2006). Die Staaten übertrügen die Autorität über entlegene Räume auf die dortigen Bewohner und ließen diese sich selbst regieren. Damit würde allerdings deren politische Partizipation auf den lokalen Raum beschränkt und ihre Beteiligung an Auseinandersetzungen um umfassendere Ungleichheitsstrukturen begrenzt (Hale 2011:195). Ein weiterer Effekt der partiellen Anerkennung multikultureller Rechte sei – nicht nur in den autonomen Gebieten – die Schaffung von "Quasi-Regierungsjobs" für die fähigsten Führer der sozialen Bewegungen (Hale 2011:195).

Hales Überlegungen sind zweifellos interessant, sie laufen jedoch Gefahr, sowohl die ökonomische Bedeutung der indigenen Siedlungsgebiete als auch die Eigendynamik der multikulturellen rechtlichen Neuerungen zu unterschätzen. Denn in vielen Fällen ist das Konfliktpotential zwischen Kapitalakkumulation (u.a. durch extraktive Industrien) und indigenen Rechten weiterhin immens. So beruhen die Ökonomien zahlreicher Staaten wie z.B. Venezuela, Ecuador, Mexiko, Bolivien und Peru weiterhin wesentlich auf der Förderung von Erdöl und/oder Erdgas. Auf der Suche nach neuen Lagerstätten dringen Unternehmen und Staaten in die letzten Regenwaldregionen vor, wo sich Erdöl-, Erdgas- sowie auch mineralische Lagerstätten häufig innerhalb indigener Siedlungsgebiete befinden (Feldt 2004:100; Miranda 2008 für Bolivien; Urteaga-Crovetto 2012 für Peru).<sup>32</sup> Auch von Staudammprojekten zur Erzeugung von Elektrizität sind häufig indigene Siedlungsgebiete betroffen (Carlsen et al. 2010; Finley-Brooks & Thomas 2010; Zunino 2010:3; Social Watch 2011; Bebbington et al. 2018, Supplement:5-6, 10). Gerade die indigenen Siedlungsgebiete in den Tiefländern Lateinamerikas sind Ziel der Zuwanderung armer Migranten aus anderen Landesteilen oder werden, wie im Amazonas-Gebiet Brasiliens, für den Aufbau von Agrarindustrien (Palmöl, Soya) oder Viehzucht angeeignet (Reed 2009:8-9, 58-81; Bebbington et al. 2018, Supplement:6, 9-10). In Zentralamerika sind die atlantischen Tiefländer, in denen ein großer Teil der indigenen Gruppen lebt, auch strategisch für den internationalen Warenverkehr von immenser Bedeutung, denn hier trennt an den engsten Stellen nur eine Landmasse von weniger als hundert Kilometern den Atlantischen und Pazifischen Ozean. Daher sind die Küstenregionen und die indigenen Siedlungsgebiete von den großen Entwicklungsinitiativen der nationalen Regierungen und internationalen Organisationen besonders betroffen (siehe z.B. Gabbert 2018a:5-6).

Vor diesem Hintergrund ist die Konfliktkonstellation zwischen Kapitalakkumulation und indigenen Territorial- und Autonomierechten nicht aufgelöst worden, allerdings werden unterschiedliche Tendenzen ersichtlich. Während in verschiedenen Fällen erkämpfte Rechte geschwächt oder gar gänzlich eliminiert wurden, konnten indigene Gruppen in anderen Fällen neugewonnene Rechte dazu nutzen, ihre politische und sozioökonomische Lage auf

Die Waldgebiete versprechen ferner nicht nur Holz, Edelhölzer und andere Produkte, sondern sie sind auch besonders reich an biologischer Vielfalt. Beispielsweise befinden sich in Mexiko 75 Prozent der Wälder des Landes auf dem Territorium bäuerlicher ejidos oder indigener Gemeinschaften (comunidades) (FAO 2013:19). In verschiedenen Ländern haben Regierungen an Unternehmen Konzessionen für Erzausbeutung oder Holzeinschlag in indigenen Gebieten vergeben (siehe z.B. Bebbington et al. 2018:3, 6 und Supplement:5, 9; Vandegrift et al. 2018).

zuvor kaum vorstellbare Weise zu verbessern. Ein drastisches Beispiel für die Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation indigener Gruppen ist Peru. Dort erkannte die Verfassung von 1993 zwar den plurikulturellen Charakter des Staates und den Rechtspluralismus an, beseitigte dabei jedoch zuvor bestehende Garantien der Unveräußerlichkeit, Unverletzlichkeit und Unpfändbarkeit indigenen Gemeindelandes (Yrigoyen 2011:143).<sup>33</sup> Anders stellt sich die Situation z.B. in Bolivien dar, wo die Agrarreformgesetzgebung von 1996 zur Implementierung indigener Landrechte (*Tierras Comunitarias de Origen*, TCO)<sup>34</sup> führte (Romero & Albó 2009:28–9). Ein Beispiel dafür, wie rasch indigene Bevölkerungsgruppen die neuen Rechte nutzen, ist die Guaraní-Bevölkerung.

Die "Guaraní" sind die drittgrößte indigene Sprachgruppe des Landes und leben in der erdgasreichen, an Brasilien, Paraguay und Argentinien angrenzenden Chaco-Region. Bereits 1996 stellten lokale Guaraní-Organisationen (Capitanías) Anträge auf die Konstitution von insgesamt neunzehn TCOs. Schon fünfzehn Jahre danach bestanden diese TCOs aus einer anerkannten Gesamtfläche von ca. 1,5 Mio. ha, wobei einzelne Flächen zwischen 4.197 und 554.000 ha variierten (Fundación Tierra 2011:207, 350).35 Da in diesen Gebieten in vielen Fällen Erdöl- und Erdgaskonzessionen existieren und sie zudem von Pipelines durchquert werden (CIPCA & APG Charagua Norte 2004:100-103), bildete ihre Anerkennung als Kollektiveigentum eine entscheidende Voraussetzung dafür, die Rechte ansässiger indigener Gruppen auf Konsultation geltend zu machen (Bascopé Sanjinés 2012). Hinzuzufügen ist allerdings, dass die TCOs vom bolivianischen Staat in erster Linie als Landeigentum und nicht als selbstverwaltete Autonomiegebiete behandelt wurden. Dies hat sich mit der Verfassung von 2009 geändert, welche die indigene Territorialautonomie als Teil der staatlichen Verwaltungsstruktur anerkennt (s. oben). Auf dieser Grundlage sind in Bolivien seit 2015 verschiedene indigene Autonomiegebiete entstanden (s. dazu Albó 2012; Tockman et al. 2015; Alderman 2018). Die erste dieser "indigenen Autonomien" konstituierte sich ausgehend von den Bestrebungen lokaler Guaraní-Capitanías und verwaltet eine Fläche von ca. 74.000 km<sup>2</sup> (s. dazu Postero 2017:158–177; Fackler 2018).

Rechtsordnungen in Lateinamerika sind durch die Forderungen "indigener Völker" zweifellos verändert worden. Dabei öffnet die Verrechtlichung von "Kultur" und "Authentizität"

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> In der Praxis ermöglichte dies einer großen Zahl transnationaler Bergbauunternehmen die Ansiedlung in indigenen Gebieten, was dort zu Enteignungen führte. Hinzu kommen weitere Faktoren wie u.a. die gewaltsame Unterdrückung und Kriminalisierung indigener Proteste, der Fortbestand lokaler Machstrukturen, Drogenhandel und paramilitärische Aktivitäten (Yrigoyen 2011:143).

Das Agrarreformgesetz von 1996 definierte diese TCOs als "jene geographischen Räume, welche das Habitat der indigenen und ursprünglichen Völker und Gemeinschaften konstituieren, zu welchen diese traditionellerweise Zugang besessen haben und wo sie ihre eigenen Formen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisation aufrechterhalten und entwickeln, so dass sie ihr Überleben und ihre Entwicklung sicherstellen. Diese sind unveräußerlich, unteilbar, irreversibel, kollektiv [...] unpfändbar und unverjährbar [...]" (Bolivien 1996: Ley INRA Art. 41, Nr. 5, Übers. M.F.)

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> In einigen Regionen des Chaco kam es im Zuge der Implementierung der Agrarreform zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Großgrundbesitzern und dorthin entsandtem Personal der staatlichen Agrarbehörde INRA. In diesem Kontext konnten hunderte, auf Haciendas in Schuldknechtschaft gefangene Guaraní-Familien befreit werden (Ochoa 2008).

nationalen Regierungen einerseits Wege, die Ausübung der neuen Rechte zu kontrollieren, d.h. "angeblich die indigene Autonomie und Differenz zu sichern, dabei jedoch gleichzeitig akzeptable oder anerkannte kulturelle Differenz (Authentizität) zu strukturieren und zu kodifizieren" (Sieder & Barrera Vivero 2017:10, Übers. M.F.). Deutlich wird dies z.B. in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens, welche in der Frage der Konsultationsverpflichtung im Kontext von Rohstoffabbau den Begriff "Zustimmung" vermeiden.<sup>36</sup> Wie ernst derartige Verpflichtungen häufig auch unabhängig von dieser Frage genommen werden, machen Beispiele aus Ecuador deutlich. So verabschiedete die Regierung dort ohne jegliche Konsultation betroffener Gruppen Gesetze zur Regulierung des Bergbau- und Wassersektors und versuchte, die daran anschließenden indigenen Proteste zu delegitimieren und zu kriminalisieren (Sieder & Barrera Vivero 2017:13). Derartige Entwicklungen zeigen, dass die Anerkennung indigener Rechte aus Sicht vieler Regierender auch in "postneoliberalen" Kontexten (Goodale & Postero 2013) ein Mittel zur Handhabung der "indigenen Frage" sein mag. Andererseits haben die in Menschenrechtsdokumenten und Verfassungen erklärten Autonomie- und Selbstbestimmungsrechte indigenen Gruppen durchaus wichtige Mittel an die Hand gegeben, "um hegemoniale Muster von Herrschaft und staatlicher Legitimität in Frage zu stellen und alternative Formen des Regierens hervorzubringen" (Sieder & Barrera 2017:10, Übers. M.F.; s. auch Santos 2012b:12-3). Ein Beispiel dafür sind sicherlich die indigenen Autonomiegebiete Boliviens, welche sowohl die erfolgreiche Ausübung verfassungsmäßiger Kompetenzen und politischer Entscheidungskapazitäten repräsentieren, als auch angesichts weiterbestehender Einschränkungen<sup>37</sup> eine effektive Grundlage dafür bilden, lokale Entwicklung gemäß eigenen Bedürfnissen und kulturellen Parametern zu gestalten.

Über die Frage hinaus, inwiefern einzelne Verfassungen "Zustimmung" als explizite Zielsetzung von Konsultationsprozessen festlegen, ist die Stellungnahme des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters zu indigenen Rechten, James Anaya, zu beachten, welcher auch im Hinblick auf das ILO-Übereinkommen betont, dass die Konsultation "ein nach Treu und Glauben geführter Dialog ist, [...] in dessen Rahmen die Parteien zusammenarbeiten, um zu gut informierten und einvernehmlichen Entscheidungen zu gelangen" (Anaya 2013b). Sollte ein Staat ohne die Zustimmung betroffener Gruppen vorgehen wollen, müsste er "nachweisen, dass die durch die Maßnahme auferlegten Rechtseinschränkungen notwendig und im Hinblick auf einen triftigen Staatszweck im Rahmen der Menschenrechte verhältnismäßig sind" (2013b). Im Falle groß angelegter Entwicklungs- oder Investitionspläne in indigenen Gebieten scheint die Chance jedoch "im Allgemeinen [gering], Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit ohne die Zustimmung der indigenen Partei nachzuweisen, selbst unter der Annahme, dass ein triftiger Staatszweck vorliegt" (2013b. Übers. M.F.).

Zum Beispiel im Bereich der Eigentumsrechte über nicht-erneuerbare Rohstoffe. Allerdings scheinen indigene Autonomiegebiete aus Sicht ihrer Bevölkerung auch eine wesentliche Grundlage darzustellen, derartige Fragen neu zu verhandeln. Zum Beispiel verabschiedete das oben genannte Autonomiegebiet im Jahre 2018 ein eigenes "Konsultationsrahmengesetz", welches nicht nur detaillierte Vorgaben für die "freie, vorherige und informierte Konsultation" trifft, sondern auch betont, dass die Durchführung staatlicher Maßnahmen die Zustimmung der davon betroffenen Dorfgemeinden voraussetzt (CIPCA 2018, zit. in Postero & Tockman 2020:12). Wie Postero und Tockman dazu ausführen, wird der Umgang bolivianischer Regierungen mit derartigen provokativen, mit internationalen Menschenrechtsabkommen wie z.B. UND-RIP im Übrigen aber konformen Gesetzen ein Prüfstein für die Vertiefung indigener Autonomie sein (Postero & Tockman 2020:12–13).

Das Schicksal der indigenen Autonomie wird in Kontexten, welche von der Ausweitung extraktivistischer Aktivitäten geprägt sind, somit wesentlich von den rechtlichen und politischen Ressourcen abhängen, welche indigene Gruppen im Konflikt mit Regierungen und Großkapital zu aktivieren vermögen. Dabei sollte indigenen Autonomiegebieten im Umkehrschluss weder eine kategorische Ablehnung des Extraktivismus (McNeish 2012; 2018) noch von vornherein die Aufrechterhaltung oder Rekonstruktion nachhaltiger Entwicklungsmodelle zugeschrieben werden (s. dazu Abschnitt 4). Dies hat u.a. damit zu tun, dass wie Gabbert am Fall der Miskito-Bevölkerung Nicaraguas gezeigt hat – indigene Autonomie- und Territorialprojekte nicht primär als Versuch zur Bewahrung überkommener Traditionen verstanden werden sollten. Häufig sind sie in stärkerem Maße Ausdruck des Versuchs, massive soziale und kulturelle Veränderungen zu bewältigen, welche auch in peripheren Regionen mit Bevölkerungswachstum und zunehmender marktwirtschaftlicher Integration einhergehen. Diese Veränderungen manifestieren sich insbesondere im Anwachsen sozialer Ungleichheiten in bis dato zumeist sozial relativ undifferenzierten Bevölkerungsgruppen (Gabbert 2007:314-317) sowie in einem Rückgang der von diesen Gruppen praktizierten subsistenzorientierten Okonomien (Wicker 2017:274). Im Zusammenspiel mit der Notwendigkeit, die allgemeinen Lebensumstände der Bevölkerung (z.B. im Hinblick auf Gesundheit, Infrastruktur und Bildung) zu verbessern, stehen daher auch indigene Autonomiegebiete vor der Frage, welche nachhaltigen Alternativen sowohl zu den zerstörerischen Konsequenzen des Extraktivismus (s. Abschnitt 2) als auch zur voranschreitenden Inklusion in das marktwirtschaftliche Feld gefunden werden können.

#### 4. Indigene Wirtschaftsweisen und Nachhaltigkeit

Wie bereits erwähnt, werden die Lebensweisen "indigener Völker" häufig als besonders nachhaltig betrachtet. Dabei wird u.a. auf ihr "traditionelles" Wissen und ihre besondere Nähe zur Natur verwiesen. Diese beruhten auf einer Weltsicht, welche die indigene Gruppe "als Teil des gleichen Systems wie die Umwelt, in der sie leben", sieht (FAO 2017, Übers. W.G.).<sup>38</sup> Allerdings bleibt meist unklar, was unter Nachhaltigkeit verstanden wird. Dies ist u.a. deshalb problematisch, weil sich unterschiedliche Nachhaltigkeitsdiskurse deutlich voneinander unterscheiden. So kommt es zu unterschiedlichen und z.T. widersprüchlichen Strategien zur Erreichung von Nachhaltigkeit. Es lässt sich zunächst grob eine ressourcenökonomische Perspektive (nachhaltiges Wirtschaften) feststellen, welche auf die längerfristige Nutzung von Ressourcen abzielt, ohne diese zu erschöpfen. Eine integrative Konzeption (nachhaltige Entwicklung) umfasst demgegenüber ökologische, ökonomische und soziale Aspekte (Sandner le Gall 2007:43-44). Lynn Horton (2007) weist im Hinblick auf die letztgenannte Begriffsverwendung darauf hin, dass Definitionen von Nachhaltigkeit dieses Typus in der Regel drei zentrale, jeweils unterschiedlich gewichtete Elemente enthalten – ökonomisches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Umwelt. Sie unterscheidet zwischen 1. einem dominanten Diskurs, der nachhaltige Entwicklung durch Wachstum, Steigerung der Effizienz, die Dynamik freier Märkte und "gute Regierungsfüh-

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Siehe z.B. bereits van Lennep 1990 und kritisch dazu Redford & Stearman 1993.

rung" (good governance) erreichen will (Öko-Kapitalismus); 2. einem "Ansatz des Lebensunterhalts" (livelihood), der den Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit legt und auf die Kontrolle von Ressourcen durch lokale Gemeinschaften setzt sowie 3. einem umweltzentrierten Zugang, der den intrinsischen Wert der Natur hervorhebt und die Notwendigkeit zur Einschränkung des menschlichen Ressourcenverbrauchs in den Mittelpunkt rückt.

Eine der in diesem Zusammenhang am häufigsten zitierten Definitionen ist wohl die der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (World Commission on Environment and Development, WCED, Brundtland Kommission). Demnach ist Entwicklung nachhaltig, wenn sie "die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen" (WCED 1987:43, Übers. W.G.). Diese Definition ist zwar wichtig, da sie auf die berechtigten Lebensinteressen zukünftiger Generationen hinweist, sie bleibt aber zu unbestimmt, da sich kaum belastbare Aussagen über deren Bedürfnisse machen lassen. Eine handhabbare Bestimmung von Nachhaltigkeit muss deshalb von der Frage ausgehen, inwieweit gegenwärtige Praktiken langfristig fortgeführt werden können.

Ungeklärt ist häufig auch, auf welche Ressourcen und welche ökologischen Systeme das Kriterium der Nachhaltigkeit jeweils angewendet werden soll. Die Problematik lässt sich am Beispiel des klassischen, aus der Forstwirtschaft stammenden Nachhaltigkeitskonzepts deutlich machen. Demnach soll in einem bestimmten Waldstück nicht mehr Holz gefällt werden als nachwachsen kann. Das relevante System ist hier das Waldstück (oder bestimmte Baumsorten in dem Gebiet). Menschliche Arbeit, Energie, Werkzeuge und Maschinen, die zur Nutzung des Systems notwendig sind, bleiben außerhalb der Betrachtung. Dies ist auch für die Beurteilung sog. traditioneller oder indigener Lebensweisen im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit von Bedeutung. So zeichnet sich die Lebensweise verschiedener zeitgenössischer indigener Wildbeuter (Jäger und Sammler) und Gartenbaugesellschaften u.a. durch die Erhaltung einer großen Biodiversität und die Nutzung und z.T. Pflege einer Vielfalt von tierischen und pflanzlichen Spezies aus.<sup>39</sup> Allerdings haben Untersuchungen über die Wirtschaft indigener Gruppen in Amazonien auch gezeigt, dass ihre Ressourcennutzung die Reproduktion mancher Spezies der Umgebung verhindert und in Bezug auf diese Arten folglich nicht als nachhaltig betrachtet werden kann (z.B. Vickers 1991, zit. in Redford & Stearman 1993:252-253).

Eine unzureichende Differenzierung lässt sich auch hinsichtlich des Indigenenbegriffs feststellen. So werden Indigene in der Debatte um kollektive Rechte als ehemals kolonialisierte, nicht dominante Gruppen bestimmt, denen eine historische Kontinuität mit ihren vorkolonialen Vorfahren zugeschrieben wird und die eigene kulturelle Praktiken und soziale Institutionen aufrecht erhalten (z.B. Anaya 2004:3–5, 10). Ein direkter Bezug zu einer bestimmten Lebensweise wird dabei nicht hergestellt. Diskurse, welche die Nachhaltigkeit indigener Lebensweisen und Wissensbestände betonen, beziehen dies oft auf die "indige-

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Siehe z.B. Redford & Stearman 1993:253; Reed 2009:37–56; Zent 2013:13; Carneiro da Cunha 2017.

nen Völker" per se.<sup>40</sup> Dies ist eine problematische Verallgemeinerung, denn die Spannweite sozialer und wirtschaftlicher Organisationsformen indigener Gesellschaften reicht von kleinen, relativ egalitären Wildbeutergruppen bis zu den vorkolonialen staatlich verfassten Gemeinwesen mit intensiver Landwirtschaft, urbanen Siedlungen und Schichtung (z.B. das aztekische Imperium, das Inkareich). Insbesondere für die letztgenannten Gesellschaften sind Beispiele nicht nachhaltiger Praktiken belegt.<sup>41</sup>

In der gegenwärtigen Diskussion wird die (reale oder vermeintliche) Nachhaltigkeit indigener Lebensweisen häufig mit einer für diese Gruppen spezifischen Ontologie begründet. Diese wird der westlich wissenschaftlichen, auf die Beherrschung der Natur durch den Menschen orientierten Weltsicht gegenübergestellt (z.B. Whyte et al. 2018). Tatsächlich gibt es unter indigenen Gruppen Weltanschauungen, die den Menschen als Teil und nicht als Eigentümer seiner Umwelt betrachten und Tiere, Pflanzen und Objekte wie Berge als belebt ansehen, als Wesen, die wie der Mensch eine "Seele" oder spirituelle Essenz besitzen. Die Ressourcennutzung wird oft durch sogenannte traditionelle Normen geregelt, wie Nahrungstabus für bestimmte Tier oder Pflanzenarten oder die Einrichtung von verbotenen Gebieten, wie etwa heiligen Wäldern. Dort können sich die Tierpopulationen erholen, da sie dort nicht bejagt werden dürfen. So deuten z.B. Untersuchungen der Ontologien indigener Gruppen in Amazonien darauf hin, dass diese nicht klar zwischen "Natur" und "menschlicher Gesellschaft" unterscheiden. Beide sind Teil einer integrierten Ordnung, einer "großen Gesellschaft" oder "kosmischen Natur" (Arhem 1996:185).<sup>42</sup> Menschen, Tiere und Pflanzen gehören zur selben Kategorie "sterblicher Wesen", die sich in die jeweils anderen transformieren können (Arhem 1996:188). Tiere werden wie Menschen als "Personen" betrachtet, die über Wissen, Handlungsfähigkeit (agency) und andere menschliche Attribute wie Kultur verfügen (Arhem 1996:185, 190). Betont wird das wechselseitige aufeinander Angewiesensein, die Reziprozität der Beziehungen. Tiere werden so als "Gleiche" behandelt, als "Parteien eines Moralpakts, der die Beziehungen zur menschlichen Gesellschaft sowie zur größeren Gesellschaft aller Wesen regelt". Diese Weltsicht sieht den Menschen nicht als Beherrscher der Natur, sondern betont seine Verantwortlichkeit für die Erhaltung "der miteinander verbundenen Gesamtheit aller Wesen, welche die Lebenswelt bilden" (Arhem 1996:200–201, Ubers. W.G.; s. a. Zent 2013:11–12). Stabilisiert wird die Einhaltung von Tabus u.a. durch Vorstellungen über die Ursachen von Krankheiten, welche diese als "Rache der Natur", als Sanktion für den Bruch der Reziprozität durch den Missbrauch der Umwelt verstehen (Arhem 1996:201, s. auch 195-197; Zent 2013:13; Howell 2017:139). Diese Haltungen wirken einer Überausbeutung von Ressourcen entgegen. So

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Verweise auf spezifische Wirtschaftsformen, insbesondere auf Wildbeuter oder Kleinbauern, bleiben meist implizit (vgl. z.B. FAO 2017).

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Man denke etwa an den sogenannten Kollaps der klassischen Maya-Kultur im Tiefland Mesoamerikas (siehe z.B. Webster 2002:295–348). Für weitere Beispiele nicht nachhaltiger Praktiken in indigenen Gesellschaften siehe Smith & Wishnie 2000:508–510; Jackson 2001; Gordon & Krech 2012. Für einen Überblick über die Debatte um den "ökologisch edlen Wilden" siehe Hames 2007.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Vergleichbare Vorstellungen sind auch aus anderen ethnographischen Kontexten bekannt. Siehe z.B. Nietschmann 1973:111, 130; Bird-David 1999:571–577; Descola 2000:77, 93–101, 324–328; Castillo 2001; Castillo & Lessio 2001; Sandner Le Gall 2007:61–74, 113, 115, 121–122, 149, 184, 327–332; Gombay 2010:41–46; Zent 2013:5–12; Howell 2017:138–139.

zeigen ethnologische Untersuchungen, dass verschiedene indigene Gruppen in Amazonien ihre Umwelt keineswegs bis zum Maximum des nachhaltig Möglichen nutzen und darüber hinaus häufig relativ wenige Stunden des Tages für produktive Tätigkeiten verwenden.<sup>43</sup>

Henrietta Moore hat in diesem Zusammenhang zurecht eingewendet, dass die Gegenüberstellung "westlicher" und indigener Ontologien aus mehreren Gründen irreführend ist. Angesichts einer Debatte, die zumindest hinsichtlich der Indigenen häufig essentialisierend und unhistorisch ist, weist sie darauf hin, dass sich Ontologien im Laufe der Zeit verändern und dass sie in der Regel in Beziehungen oder in Austausch mit anderen Weltsichten eingebunden sind:

"The ontologies involved are themselves living forms and are engaged in dynamic interrelations, including with other ontologies. The dynamic, processual nature of ontologies implies that they have histories and that they will change over time as part of living systems" (Moore 2017:73).

Deshalb ist die Frage entscheidend, unter welchen Bedingungen sich Ontologien wie die für bestimmte indigene Bevölkerungen Amazoniens und anderer Regionen beschriebenen herausbilden und erhalten können. Schließlich sind solche Weltsichten nicht notwendigerweise stabil und sie werden auch nicht immer von allen Gruppenmitgliedern geteilt. Darüber hinaus hängen die sogenannten traditionellen Ressourcenmanagementsysteme nicht nur von bestimmten Weltanschauungen und Normen ab, sondern auch von der Existenz entsprechender politischer und sozialer Institutionen, wie etwa Strukturen generalisierter Reziprozität innerhalb der Gruppen. Dadurch wird der Verkauf bestimmter Ressourcen ausgeschlossen, wodurch es keine Anreize für Überproduktion gibt.<sup>44</sup> Die Einhaltung bestimmter Normen und Verbote, wie z.B. von Nahrungstabus, wird in vielen Fällen nur durch die Androhung übernatürlicher Sanktionen, das Risiko des Verlustes des sozialen Status in der Gemeinschaft und die Autorität der indigenen Führer oder Ältesten durchgesetzt.<sup>45</sup> Diese Grundlagen sind durch kulturellen Wandel und durch Monetarisierung und Kommodifizierung ausgelöste Individualisierungstendenzen bedroht, die zu Prozessen sozialer Differenzierung und zur Ausweitung der Bedürfnisse führen können. Wichtig sind auch die Verbreitung der Werte der kapitalistischen Konsumgesellschaft und die Säkularisierung, insbesondere bei den jüngeren Generationen.46

Schließlich können indigene Gruppen in der Regel nicht als isoliert oder autark betrachtet werden. So sind etwa Austauschbeziehungen mit Anbau treibenden Gesellschaften für Wildbeuter häufig von erheblicher Bedeutung. Die Lebensweise von Inuit im Norden Kanadas ist beispielsweise seit Jahrhunderten durch den internationalen Pelzhandel beeinflusst

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Calavia Sáez 2006:31–33; Descola 2000:309–320. Für eine zusammenfassende Diskussion von Beispielen für nachhaltige und nicht nachhaltige Verhaltensweisen indigener Bevölkerungen und ihre Deutung s. auch Smith & Wishnie (2000) sowie Hames (2007).

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Siehe z.B. für die Miskito Nicaraguas: Helms 1971:105; Nietschmann 1973:183–187; Dennis 2004:111, 126; Sandner Le Gall 2007:123; Kindblad 2010:344–345.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Für die Miskito und Kuna siehe Chapin 1991; Sandner Le Gall 2003:277–278; 2007:121–123, 328–331, 338–343.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Für die Miskito siehe z.B. Nietschmann 1973:112–113; für die Chewong Malaysias Howell 2017:139.

worden (Kuper 2003:391–392). Kirsten Hastrup hat in ihrer Untersuchung der Inuit in der polaren Thule-Region in Nordwest-Grönland gezeigt, dass Angehörige dieser Gruppe zum Zeitpunkt des ersten Kontaktes mit Europäern im 19. Jahrhundert unter Hunger litten und sich selbst als "dem Untergang geweiht" betrachteten. Hintergrund waren vermutlich verschlechterte Lebensbedingungen infolge der längeren Dauer der "Kleinen Eiszeit" (eine längere Kühlephase vom Ende des 13. bis ins 19. Jahrhundert) in der Region. Erst der Tauschhandel und die Übernahme neuer Werkzeuge und Techniken (wie Pfeil und Bogen, Kayaks) von Europäern und einer kleinen Gruppe eingewanderter amerikanischer Inuit erlaubten eine Ausweitung der Jagdgebiete auf die See und letztlich das Überleben (Hastrup 2017:147–151). Deshalb stellt sie die Frage:

"What would sustainability mean in this case? Clearly, the community was not viable on its own account under the prevailing climatic conditions. [...] The knowledge of foreign technologies deeply affected local needs. This challenges an implicit idea in some interpretations of sustainability 'that it is possible to live in harmony with nature' (Kalland 2003, 161); this has been attributed to traditional or indigenous peoples in particular. But nature opens and closes, and harmony makes no sense when seen from the point of view of the inhabitants, struggling to survive and importing whatever is available from elsewhere" (Hastrup 2017:150).

Das Beispiel der Inuit verweist auf ein weiteres Problem. Häufig wird die Nachhaltigkeit auf die sogenannte traditionelle Lebensweise indigener Gruppen bezogen. Diese erscheinen demzufolge als weitgehend statisch. Wandlungsprozesse werden auf den Übergang von "traditionellen" zu "modernen" Zuständen nach der Kolonialisierung reduziert. Die Übernutzung einer bestimmten Umwelt kann jedoch durch verschiedene Prozesse verursacht werden. Neben Veränderungen in den Umweltbedingungen ist hier an verschiedene Szenarien zu denken: 1. Bevölkerungswachstum bei gleichbleibendem Bedürfnisniveau; 2. Ausweitung der Bedürfnisse bei gleichbleibender Bevölkerungszahl; 3. Einbindung in eine auf Akkumulation ausgerichtete Wirtschaft. So argumentieren bereits Redford & Stearman:

"We must remember that indigenous peoples are increasingly becoming members of the modern world. They want to be able to choose what they will keep and what they will discard of their traditional ways of life. Virtually all are now linked to the market economy through barter or actual cash exchange. Indigenous people commonly want and have a right to health care, education, and material conveniences that improve their quality of life. While traditional knowledge of resource use may provide for these necessities in ways that conservationists find admirable and that perhaps serve as models for other peoples, the fact is that traditional ways often do not meet growing needs. Thus, indigenous peoples are forced to engage in activities that differ in type and intensity from traditional patterns of resource harvesting" (Redford & Stearman 1993:252).

Die Einbindung in die Marktökonomie ist in der Regel nicht nur von einer Ausweitung der Bedürfnisse begleitet, sondern führt auch zu wesentlichen Veränderungen in einem anderen für die Frage der Nachhaltigkeit entscheidenden Aspekt. Die Angewiesenheit auf die umgebende Natur ist ein wesentlicher Faktor zur Beförderung eines nachhaltigen Um-

gangs mit (den für bestimmte Gruppen relevanten Teilen) der Umwelt. So formuliert Volker von Bremen: "Abhängigkeit schafft Respekt, Vorsicht und Achtung. Je größer die Abhängigkeit von Umwelt und Natur ist, desto intensiver besteht die Notwendigkeit, ihr Wesen und Verhalten zu kennen, um ein Zusammenleben langfristig zu gewährleisten" (2013: 223). Mit der Einbindung in die Marktwirtschaft und die nationalen Gesellschaften verändert sich auch das Verhältnis zur lokalen Umwelt. Abhängigkeiten verschieben sich tendenziell weg von lokalen Ressourcen hin zu externen. Dies ist z.B. der Fall, wenn Wildbeuter bei der Jagd nicht mehr auf Blasrohr, Pfeil und Bogen oder Speerschleuder zurückgreifen, sondern Schusswaffen einsetzen oder Inuit für ihre Jagdzüge nicht mehr Hunde- sondern Motorschlitten verwenden (z.B. Wenzel 2016; Codding et al. 2016:191). Damit werden die Menschen in Wirkzusammenhänge eingebunden, die weit über die eigene Erfahrbarkeit im Alltag hinausreichen und kaum oder gar nicht übersehbar sind. Nachhaltige Wirtschaftsweisen werden sich aber nur stabilisieren, wenn die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Umwelt wahrgenommen und nicht externalisiert werden können. Es ist ja gerade die infolge der globalen und innerstaatlichen Machtverhältnisse vorhandene Chance der Externalisierung negativer Auswirkungen bestimmter Produktions- und Konsumformen für bestimmte Länder und soziale Klassen, welche die Reproduktion der herrschenden, notwendig mit der Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen verbundenen "imperialen Lebensweise" (Brandt & Wissen 2017) ermöglicht. Einige der Konsequenzen dieser Machtungleichgewichte sind ja in Abschnitt 2.2 bereits skizziert worden.

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass eine nachhaltige Lebensweise indigener Gruppen – im Gegensatz zum politischen Diskurs vieler indigener Organisationen – häufig nicht auf eine bewusste Entscheidung, ökologisch zu handeln zurückgeht, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen ist. Dazu zählen neben einer bestimmten Weltsicht eine meist geringe Größe und Dichte der Bevölkerung, Zugang zu einem ausreichend großen Gebiet und eine in ihren Auswirkungen auf die Umwelt begrenzte Technik (Smith & Wishnie 2000:501, 506, 509; Hames 2007:182–185; Howell 2017:137).

"Indigene Völker" und "traditionelle ländliche Gemeinschaften" werden in einem Teil des Kapitalismus kritischen Nachhaltigkeitsdiskurses ("livelihood discourse", Horton 2007) als wesentliche Träger ökologisch nachhaltiger und sozial gerechter Entwicklung betrachtet. Dabei schreibt man ihnen häufig per se eine Gemeinschaftsorientierung und eine Neigung zu kollektiven Besitz- und Wirtschaftsformen – im Gegensatz zu "westlichem" auf Individualität und Privatbesitz orientiertem Denken – zu. Horton fasst diese Position wie folgt zusammen:

"[T]he livelihood perspective views rural residents and the indigenous as deeply embedded in community structures and influenced by shared beliefs and norms. [...] The postdevelopment literature, in its call for community withdrawal from participation in dominant economic and social institutions, implies that empowerment is fundamentally an organic, internal process (Sachs 1999). Embedded in this approach is an assumption that communities collectively hold, to some degree intact, alternative visions of society that draw on localized subaltern histories, ethnic tradi-

tions, and gender-specific experiences and contrast sharply with dominant constructions of the 'good life'" (Horton 2007:13, 15).

Tatsächlich werden hier oft romantisierende Vorstellungen über (indigene) kleinbäuerliche Bevölkerungsgruppen wiederbelebt, die in der ethnologischen Diskussion zurecht kritisiert wurden und damit eigentlich obsolet sein sollten.<sup>47</sup> Denn eine Gemeinschaftsorientierung und entsprechende Praxen lassen sich nur für bestimmte Lebens- und Wirtschaftsbereiche und bei Vorhandensein spezifischer Bedingungen feststellen. Bereits in Abschnitt 3 wurde darauf hingewiesen, dass Privatbesitz an Land bei Wildbeutern und Wanderfeldbauern meist unsinnig ist, weil in beiden Fällen die Jagd- bzw. Anbaugebiete gewechselt werden müssen, wenn die lokalen Ressourcen erschöpft sind. So gibt es bei den von Wicker untersuchten Paï-Tavyterã Guarani im Tiefland Paraguays, die u.a. Brandrodungsfeldbau betreiben, durchaus die Bereitschaft, sich an Gemeinschaftsarbeiten – z.B. für Rodungsarbeiten im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder zur Durchführung kollektiver Rituale zu beteili-"strukturierte Reziprozität mit formalem Charakter". gen, aber keine Unterstützung von Verwandten und Nachbarn ist begrenzt und Individualität stark ausgeprägt (Wicker 2017: 277, 281, 283–28, 297, 291–92). So kommt er zu dem Schluss:

"[Die] Paĩ-Tavyterã sind nicht von ihren Denk- und Seinsformen her nachhaltig, sondern allein in Bezug auf jene sozio-ökonomische Situation, die dies zulässt und die sie zu kontrollieren und zu steuern vermögen [...] allein eine subsistenzorientierte Bewirtschaftung von Allmenden [stellt] Nachhaltigkeit in Aussicht" (Wicker 2017: 298–99).

Nachhaltige Praktiken und Weltsichten sind keineswegs stabil, sondern beruhen auf bestimmten materiellen und institutionellen Voraussetzungen, welche Einschränkungen der Ressourcennutzung durchsetzen können. Hierzu zählen z.B. ein ausreichender Landzugang und formelle oder informelle Institutionen wie Gemeindeversammlungen oder Altestenräte und übernatürliche Sanktionsmechanismen wie Tabus. Die Konzentration auf indigene Ontologien offenbart demgegenüber einen einseitig idealistischen Zugang zum Problem der Nachhaltigkeit. Die Frage, unter welchen Bedingungen sich eine nachhaltige Lebensweise und die damit verbundene Weltsicht erhalten können, wird häufig auf die "Bewahrung der traditionellen Kultur" reduziert oder gar nicht erst gestellt. Welche Folgen haben z.B. Bevölkerungswachstum, Markteinbindung, soziale Differenzierung und kultureller Wandel? Bei dem Versuch, Antworten auf diese Fragen zu finden, wäre u.a. an die Diskussionen um Subsistenzproduktion und die Verflechtung von Produktionsweisen anzuknüpfen, wie sie u.a. von Claude Meillassoux (1983) und vom sogenannten Bielefelder Verflechtungsansatz (z.B. Evers 1987; 1990) geführt wurden. Dabei muss auch nach Hierarchien und Ungleichheiten innerhalb und zwischen Gruppen gefragt werden, denn der Zugang zu Ressourcen ist in der Regel nicht für alle Gruppenmitglieder oder die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen innerhalb einer größeren Gesellschaft gleich.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Siehe z.B. bereits die grundlegende Kritik am "community"-Konzept durch Adams (1962) und Mossbrucker (1989).

## 5. Fazit

Die Verheißungen der Globalisierung von Demokratie, Fortschritt und Wohlstand haben sich bislang nur für einen kleinen Teil der Weltbevölkerung erfüllt. Trotz beachtlicher Erfolge im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele 2000–2015 (MDGs) sind immer noch 800 Mio. Menschen von Armut und Unterernährung betroffen. Ein anhaltendes und sogar noch zunehmendes Problem bleibt die Verteilung des wachsenden materiellen Reichtums im 21. Jahrhundert. So verfügt die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung lediglich über ein Prozent der Kapital- und Vermögenswerte. Dabei besitzen die 62 wohlhabendsten Personen in etwa so viel Vermögen wie die Hälfte der Menschheit (Hadoon et al. 2016).

Extraktivistische Wirtschaftsformen, die wesentlich auf der intensiven Inwertsetzung von Natur beruhen, scheinen schwer mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der SDGs vereinbar zu sein. Dennoch hat das Entwicklungsmodell "Rohstoffexport" bislang kaum an Bedeutung verloren. Auch unter den Linksregierungen blieben wesentliche chronische Probleme der politischen Ökonomien bestehen. So lösten weder Ecuador noch Bolivien oder Venezuela die extreme Abhängigkeit von den natürlichen Ressourcen. Es wurde versucht, die sozialen Ungleichheiten und die damit verknüpften politischen Gegensätze auf Kosten der Umwelt und der lokalen Bevölkerung abzumildern. Die Gesellschaften reproduzierten sich weniger über produktive Arbeitsleistung, sondern wesentlich über den Extraktivismus. Der Einbruch der Primärgüterpreise ab 2013/14 hat indes nicht zu einer Abkehr von den Rohstoffexportmodellen geführt. Auch vor dem Hintergrund einer erneuten Veränderung der politischen Landkarte Lateinamerikas, infolge der Rückkehr traditioneller Parteien und des damit verbundenen Rechtsrucks (bspw. Brasilien und Chile, zwischenzeitlich Bolivien), steht die Extraktionsökonomie bislang nicht zur Debatte. Unabhängig von der politischen Ausrichtung der Staaten setzte sich die Expansion der extraktiven Industrie beinahe ungehindert fort. In Ecuador wurde der Einstieg in den Megabergbau vollzogen und der Palmölanbau intensiviert. In Brasilien mussten, staatlich geplant, tausende Quadratkilometer Amazonasregenwald der Viehzucht und dem Anbau von Energiepflanzen weichen. Die progressiven Vorstöße und Initiativen in Bezug auf den Umweltschutz und die nachhaltige Umgestaltung der gesellschaftlichen Systeme, die noch zu Beginn des neuen Millenniums aus Lateinamerika vernommen wurden, scheinen zwischenzeitlich verstummt und mit dem Ende des "pink tide" an politischem Potential eingebüßt zu haben. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, warum die lateinamerikanischen Regierungen, trotz aller Kritik und in Kenntnis der negativen Auswirkungen, auf dem Ressourcenmodell beharren? Weiterhin ist zu erörtern, inwiefern bestimmte Wirtschaftsweisen politische Strukturen fördern, die Potential für autoritäre Tendenzen in sich bergen? Mit Hinblick auf die notwendige sozio-ökologische Transformation der menschlichen Gesellschaftssysteme ist die Frage, ob es im Umkehrschluss, eine Politik geben kann, die nachhaltig ist, aber undemokratisch?

Das Verhältnis derartiger Entwicklungen zur Implementierung indigener Autonomierechte ist bislang kaum untersucht worden. So betonen zahlreiche Studien im Forschungsfeld zwar die Bedeutung, welche von der Anerkennung indigener Rechte auf

Prozesse gesellschaftlicher Dekolonialisierung und Demokratisierung ausgeht (z.B. Santos 2012b) und bestimmen ihre Gewährleistung als zentrale Voraussetzung für den Schutz ökologisch sensibler Regionen (z.B. Bebbington et al. 2018). Sie tendieren dabei jedoch häufig dazu, indigene Gruppen in Konflikten um Land- und Ressourcen auf die Verteidigung "traditioneller Lebensweisen" und eines "harmonischen Verhältnisses zur Natur" festzuschreiben und laufen dadurch Gefahr, wichtige Zielsetzungen zu ignorieren, welche neben der Verteidigung von Land- und Rohstoffen auch die Bewältigung sozialen Wandels und die Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände der betroffenen Bevölkerungsgruppen beinhalten können. In Hinblick darauf betrachten indigene Bevölkerungsgruppen "Autonomie" zudem selten als vollständige oder weitgehende Loslösung von der gesamtstaatlichen Entwicklung. Wie Anthias kürzlich am Fall Boliviens hervorgehoben hat, führt dies im Kontext rohstoffzentrierter Entwicklungsmodelle in der Regel allerdings zu einer bedeutsamen Zwickmühle. So steht dort der Wunsch nach mehr Teilhabe an der nationalen Entwicklung zumeist den Konsequenzen gegenüber, welche mit der Ausweitung der Extraktionsökonomie einhergehen (Anthias 2018). Derartige Dynamiken stellen somit nicht nur essentialistische Perspektiven auf Indigenität infrage; vielmehr werfen sie auch grundlegende Fragen nach den sozialen, materiellen und politischen Bedingungen auf, welche es erlauben, nachhaltige Praktiken der Land- und Ressourcennutzung im Rahmen territorialer Autonomieprojekte aufrechtzuerhalten oder zu etablieren (s. dazu Gabbert 2018a:15).

Als "nachhaltig" können Wirtschaftsweisen verstanden werden, die das langfristige Überleben einer Gruppe in ihrer Umwelt ermöglichen und dabei nicht auf ständige und umfangreiche Ressourcenzuflüsse aus anderen Lebensräumen angewiesen sind. In diesem Sinne sind nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen keineswegs auf indigene Gruppen beschränkt; sie finden sich auch in anderen von Ethnologen und anderen Sozialwissenschaftlern beschriebenen Bevölkerungen, beispielsweise bei kleinbäuerlichen Subsistenzproduzenten. Grundlage ist eine Ökonomie, die sich nicht gegenüber der Gesellschaft verselbständigt hat (vgl. Polanyi [1944] 1977:71-112; 1979:129-148), ein Wirtschaftssystem, das nicht auf ständige Ausweitung von Produktion und Konsum angewiesen ist. Von den in dieser Weise beschriebenen Gesellschaften können wir wesentliche Bedingungen einer nachhaltigeren Lebensweise lernen. Dazu gehören u.a. ein sorgsamer und wertschätzender Umgang mit den Dingen, die wir nutzen, der nicht kurzfristigen Moden folgt; eine Bedürfnisordnung, welche nicht materiellen Besitz auf die oberste Stufe stellt, sondern die produktive Tätigkeit im Sinne der Ausschöpfung der kreativen Fähigkeiten des Menschen und eine Wertordnung, die Muße nicht nur als eine zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Phase betrachtet, sondern als wesentlichen Bestandteil menschlicher Existenz. Vor diesem Hintergrund könnten Konzepte autozentrierter Entwicklung (siehe z.B. Senghaas 1977) nicht nur für die Gesellschaften des sog. Globalen Südens neue Aktualität gewinnen. Das bedeutet keine generelle Abschottung vom Weltmarkt, aber sehr wohl eine kritische Hinterfragung von Wachstumskonzepten, eine stärkere Regionalisierung von Produktion und Konsum und ein Wirtschaften, das seinen Erfolg nicht durch die Externalisierung negativer Effekte, wie Umweltschäden, schönrechnet.

## **Bibliographie**

- ABC (2012): Correa defiende los proyectos mineros frente a marcha de protesta en Ecuador - ABC.es - Noticias Agencias. ABC. http://www.abc.es/agencias/noticia.asp? noticia=1129911, zuletzt aktualisiert am 9.12.2012 (zuletzt geprüft am 09.12.2012).
- Acosta, Alberto (2009): La maldición de la abundancia. Quito, Ecuador.
- (2011a): Extractivismo y neoextractivismo. Dos caras de la misma maldición. In: Miriam Lang und Dunia Mokrani (Hg.): Más Allá del Desarrollo. Quito, S. 83-120.
- ---- (2011b): Öl für zehn Tage. Die Schäden der Förderung aber bleiben, 11.03.2011 (9442). http://www.monde-diplomatique.de/pm/.search?ik=1&mode=erw&tid=2011 %2F03%2F11%2Fa0004&start=19&ListView=0&sort=3&tx=ecuador&gu=MONDE (zuletzt geprüft am 18.09.2013).
- Acquatella, Jean / Altomonte, Hugo / Arroyo, Andrés / Lardé, Jeannette (2013): Rentas de recursos naturales no renovables en América Latina y el Caribe: evolución y participación estatal, 1990-2010. Hg. v. CEPAL - Naciones Unidas, GIZ und Ministerio Federal de Cooperación Económica y Desarrollo (Seminarios y Conferencias, 72). http:// archivo.cepal.org/pdfs/2013/S2013065.pdf (zuletzt geprüft am 7.1.2015).
- Adams, Richard N. (1962): The Community in Latin America: A Changing Myth. The Centennial Review 6 (3):409-434.
- Agbogidi, O. M. / Okonta, B. C. / Dolor, D. E. (2005): Socio-economic and environmental impact of crude oil exploration and production on agricultural production: A case study of Edjeba and Kokori communities in delta state of Nigeria. Global Journal of Environmental Science 4 (2):171–176.
- Albó, Xavier: (1991): El retorno del indio. Revista Andina 2:299-366.
- (2008): Larga memoria de lo étnico en Bolivia, con temporales oscilaciones. In: J. Crabtree, G. Gray Molina und L. Whitehead (Hg.): Tensiones irresueltas: Bolivia, pasado y presente. La Paz (Bolivien): PNUD Bolivia, S. 19-40.
- (2012): El Chaco Guaraní. Camino a la autonomía originaria. Charagua, Gutiérrez y Proyección Regional. La Paz (Bolivien): CIPCA.
- Alderman, Jonathan (2018): Indigenous autonomy and the legacy of neoliberal descentralization in plurinational Bolivian. Latin American and Caribbean Ethnic Studies 13 (1): 1-21.
- Altvater, Elmar (2013): Der unglückselige Rohstoffreichtum. Warum Rohstoffextraktion das gute Leben erschwert. In: Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz und Rainer Öhlschläger (Hg.): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.–15.01.2012. Nomos, S. 15-32.
- Amnesty International (2012a): 'So that no one can demand anything'. Criminalizing the right to protest in Ecuador. Amnesty International. http://www.amnesty.org/en/library <u>/asset/AMR28/002/2012/en/0861616e16e7-47a8-9c05-db5661e4fa6d/amr28</u> <u>0022012en.pdf</u> (zuletzt geprüft am 23.7.2012).
- ---- (2012b): Ecuador: Inter-American Court ruling marks key victory for Indigenous Peoples. Amnesty International. <a href="http://www.amnesty.org/en/news/ecuador-interamer-">http://www.amnesty.org/en/news/ecuador-interamer-</a>

- <u>ican-court-ruling-marks-key-victory-indigenous-peoples-2012-07-26</u> (zuletzt geprüft am 20.8.2013).
- ——— (2012c): Ecuador: Authorities Misuse Judicial System to Stop Protests. Hg. v. Upside Down World. <a href="http://upsidedownworld.org/main/news-briefs-archives-68/3764-ecuador-authorities-misuse-judicial-system-to-stop-protests">http://upsidedownworld.org/main/news-briefs-archives-68/3764-ecuador-authorities-misuse-judicial-system-to-stop-protests</a> (zuletzt geprüft am 23.7.2012).
- Anaya, James S. (2004): Indigenous Peoples in International Law. 2nd ed. Oxford & New York: Oxford University Press.
- ---- (2009): International Human Rights and Indigenous Peoples. New York [u.a.]: Wolters Kluwer.
- ---- (2013a): Report of the Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples. Extractive industries and indigenous peoples. Hg. v. Human Rights Council. UNITED NATIONS.
- ——— (2013b): El deber estatal de consulta a los pueblos indígenas dentro del Derecho Internacional. Conferencia en el Evento "El rol de los Ombudsman en América Latina: El derecho a la consulta previa a los pueblos indígenas". Lima, Peru 25 de abril de 2013. <a href="http://unsr.jamesanaya.org/?p=802">http://unsr.jamesanaya.org/?p=802</a> (zuletzt aufgerufen am 29.1.2021).
- Anthias, Penelope (2018): Indigenous Peoples and the New Extraction: From Territorial Rights to Hydrocarbon Citizenship in the Bolivian Chaco. Latin American Perspectives 45 (5):136–153.
- Århem, Kaj (1996): The cosmic food web. Human-nature relatedness in the Northwest Amazon. In Philippe Descola und Gísli Pálsson (Hg.): Nature and Society. London: Routledge, S. 185–204.
- Aslaksen, S. (2010): Oil and democracy: More than a cross-country correlation. Journal of Peace Research 47 (4):421–431.
- Assies, Willem: (2005): La Territorialidad, indianidad y desarrollo. Artículo Primero. Revista de Debate Social y Jurídico Año IX (17):535–546.
- ——— (2009): Land tenure in Bolivia. From colonial times to post-neoliberalism. In: Janine M. Ubink, André J. Hoekema u. Willem J. Assies (Hg.): Legalising Land Rights, Leiden: Leiden University Press, S. 293–324.
- Assies, Willem J. / Duhau, Emilio (2009): Land tenure and tenure regimens in Mexico: An overview. In: J. M. Ubink, A. J. Hoekema u. W. J. Assies (Hg.): Legalising Land Rights. Leiden: Leiden University Press, S. 355–385.
- Assies, Willem J. / van der Haar, Gemma / Hoekema, André J. (Hg.) (2000): The Challenge of Diversity. Indigenous Peoples and Reform of the State in Latin America. Amsterdam: Thela Thesis.
- Auty, Richard M. (1994): Industrial policy reform in six largely new industrializing countries: The resource curse thesis. World Development 22 (1):11–26.
- Auty, Richard M. / Evia, J.L. (2001): A growth collapse with point resource: Bolivia. In: Auty, Richard (Hg.): Resource Abundance and Economic Development. Oxford: Oxford University Press, S. 179–192.
- Barraclough, Solon L. (1999): Land Reform in Developing Countries: The Role of State and Other Actors. Hg. v. United Nations Research Institute for Social Development (Geneva). Discussion Paper No. 101.

- Barragán, Rossana (2008): De hegemonías y ejemonías: una perspectiva histórica sobre los recursos del Estado. In: J. Crabtree, G. Gray Molina, L. Whitehead (Hg.): Tensiones irresueltas: Bolivia, pasado y presente. La Paz (Bolivien): PNUD Bolivia, S. 91–123.
- Bascopé Sanjinés, Iván (2012): Consulta previa: reto de democracia comunitaria. In: B. d. Sousa Santos und J. Exeni Rodríguez (Hg.): Justicia Indígena, plurinacionalidad e interculturalidad en Bolivia. Quito: Ediciones Abya-Yala, S. 381–406.
- Batker, D. / Harrison-Cox, J. / Kocian, M. (2011): An Ecological Study of Ecuador's Intag Region: The Environmental Impacts and Potential Rewards of Mining. Hg. v. Earth Economics. Tacoma, WA. https://issuu.com/earth\_economics/docs/ecological\_study\_of\_ecuadors\_intag\_region/62 (zuletzt geprüft am14.7.2017).
- Bebbington, Anthony (2009): The New Extraction: Rewriting the Political Ecology of the Andes? (NACLA Report on the Americas). <a href="http://www.sed.manchester.ac.uk/research/andes/publications/papers/Bebbington NACLAReport.pdf">http://www.sed.manchester.ac.uk/research/andes/publications/papers/Bebbington NACLAReport.pdf</a>, zuletzt aktualisiert am 24. 08.2009 (zuletzt geprüft am 16.6.2012).
- Bebbington, Anthony / Humphreys Bebbington, Denise (2010): An Andean Avatar: Post-neoliberal and neoliberal strategies for promoting extractive industries. Brooks World Poverty Institute (BWPI Working Paper, 117). <a href="http://www.bwpi.manchester.ac.uk/resources/Working-Papers/bwpi-wp-11710.pdf">http://www.bwpi.manchester.ac.uk/resources/Working-Papers/bwpi-wp-11710.pdf</a> (zuletzt geprüft am16.6.2012).
- Bebbington, A. / Humphreys Bebbington, D. / Sauls, L.A. / Rogan J. / Agrawal, S. / Gamboa, C. / Imhof, A. / Johnson, K. / Rosa, H. / Royo, A. / Toumbourou, T. / Verdum, R. (2018): Resource extraction and infrastructure threaten forest cover and community rights. PNAS 115 (52):1–10.
- Beblawi, Hazem / Luciani, Giacomo (1987): The Rentier State in the Arab World. In: ders. (Hg.): The Rentier State. London, S. 49–62.
- Bird-David, Nurit (1999): "Animism" revisited. Personhood, environment, and relational epistemology. Current Anthropology 40:67–92.
- Bolivien (1996) Ley del Servicio Nacional de Reforma Agraria (Ley INRA), Ley 1715, 18. Oktober 1996.
- ----- (2004): Ley de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas (LACPI), Ley 2711, 7. Juli 2004.
- —— (2009a) Nueva Constitución Política del Estado (NCPE), 2009.
- ---- (2009b) Neue Politische Verfassung. Plurinationaler Staat Bolivien, 2009. Stand Februar 2013. Berlin: Botschaft des Plurinationalen Staates von Bolivien.
- Boris, Dieter (2009 [2001]): Lateinamerikas politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert? [erw. und aktualisierte Neuaufl.] Hamburg: VSA-Verlag.
- Brand, Ulrich / Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westf. Dampfboot.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Falsche Alternativen. Von der grünen Ökonomie zum grünen Kapitalismus? In: Ulrich Brand und Markus Wissen (Hg.): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom, S. 147–164.

- Bremen, Volker von (2013): Verhandeln auf Augenhöhe? Überlegungen zur Berücksichtigung indigener Ontologien in interkulturellen Verhandlungen am Beispiel des REDD+ Mechanismus. In: Hanna Heinrich, María Susana Cipolletti und Harald Grauer (Hg.): Wege im Garten der Ethnologie. Zwischen dort und hier; Festschrift für María Susana Cipolletti. Sankt Augustin: Academia Verlag, S. 223–247.
- Bryant, Raymond L. / Bailey, Sinéad (2005 [1997]): Third world political ecology. Digital printing. London: Routledge.
- Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (2020): Wasserfußabdruck: Wie viel Wasser steckt in landwirtschaftlichen Produkten? <a href="https://www.landwirtschaft.de/diskussion-und-dialog/umwelt/wie-viel-wasser-steckt-in-landwirtschaftlichen-produkten">https://www.landwirtschaft.de/diskussion-und-dialog/umwelt/wie-viel-wasser-steckt-in-landwirtschaftlichen-produkten</a> (zuletzt geprüft am 25.03.2020).
- Burchardt, Hans-Jürgen / Dietz, Kristina (2013): Extraktivismus in Lateinamerika der Versuch einer Fundierung. In: Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz und Rainer Öhlschläger (Hg.): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.–15.01.2012. Nomos, S. 181–200.
- Burchardt, Hans-Jürgen / Dietz, Kristina / Öhlschläger, Rainer (Hg.) (2013): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.–15.01.2012. Nomos.
- Burchardt, Hans-Jürgen / Peters, Stefan (Hg.) (2017): Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive. Ressourcen Konflikte Degrowth. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Burgis, Tom (2016): Der Fluch des Reichtums. Warlords, Konzerne, Schmuggler und die Plünderung Afrikas. Frankfurt a. M.: Westend Verlag.
- Calavia Sáez, Oscar (2006): El indio ecológico. Diálogos a través del espejo. Revista del Occidente 298:27–42.
- Campodónico, Humberto (2008): Renta petrolera y minera en países seleccionados de América Latina. Hg. Von Cepal, Gtz. <a href="http://www.cepal.org/publicaciones/xml/6/34616/">http://www.cepal.org/publicaciones/xml/6/34616/</a> <a href="http://www.cepal.org/publicaciones/xml/6/34616/">http://www.cepal.org/publicaciones/xml/6/34616/</a> <a href="http://www.cepal.org/publicaciones/xml/6/34616/">http://www.cepal.org/publicaciones/xml/6/34616/</a>
- Carlsen, Laura / Collins, Michael / Chacón, Oscar / Álvarez, Paula / Verdum, Ricardo / Loperena, Christopher (2010): Inter-American Development Bank Megaprojects: Displacement and Forced Migration. <a href="https://www.ciponline.org/research/entry/inter-american-development-bank-megaprojects-displacement-and-forced-migrat">https://www.ciponline.org/research/entry/inter-american-development-bank-megaprojects-displacement-and-forced-migrat</a> (zuletzt geprüft am 2.7.2018).
- Carneiro da Cunha, Manuela (2017): Traditional Peoples, Collectors of Diversity. In: Marc Brightman und Jerome Lewis (Hg.): The Anthropology of Sustainability. Beyond Development and Progress. New York: Palgrave Macmillan, S. 257–272.
- Castillo, Arcadio / Lessios, H. A. (2001): Lobster Fishery by the Kuna Indians in the San Blas Region of Panama (Kuna Yala). Crustaceana 74 (5):459–475.
- Castillo, Geodisio (2001): La Agricultura de "nainu" entre los Kunas de Panamá: Una Alternativa para el Manejo de Bosques Naturales. Etnoecológica 6 (8):84–89.
- Cely, Nathalie (2013): Environmental Justice Knows No Borders. HuffPost. <a href="http://www.huffingtonpost.com/nathalie-cely/environmental-justice-knows-b-3725766.html">http://www.huffingtonpost.com/nathalie-cely/environmental-justice-knows-b-3725766.html</a> (zuletzt geprüft am 16.9.2013).

- Cepal (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2010a): La hora de la igualdad. Brechas por cerrar, caminos por abrir. <a href="http://repositorio.cepal.org/bitstream/">http://repositorio.cepal.org/bitstream/</a> handle/11362/13309/S2010986\_es.pdf (zuletzt geprüft am 24.11.2016).
- (2010b): Latin America and the Caribbean in the world economy. A crisis in the centre and a recovery driven by the emerging economies. [Santiago, Chile]: United Nations, ECLAC.
- —— (2011): Economic Survey 2010–2011 of Latin America and the Caribbean. https:// www.cepal.org/en/publications/1075-economic-survey-latin-america-and-caribbean-2010-2011-internacional-integration (zuletzt geprüft am 24.9.2020).
- (2013a): Economic Survey of Latin America and the Caribbean 2013. Three Decades of Uneven and Unstable Growth. United Nations Publications CEPAL. http://search. <u>ebscohost.com/login.aspx?direct=true&tscope=site&tdb=nlebk&tdb=nlabk&tAN=664488</u> (zuletzt geprüft am 15.12.2017).
- (2013b): Panorama Social de América Latina 2013. Santiago de Chile. <u>http://reposi-</u> toriocepal.org/bitstream/handle/11362/35904/S2013868 es.pdf?sequence=1 (zuletzt geprüft am 15.12.2017).
- (2014): Compacts for Equality. Towards a Sustainable Future. <a href="https://www.cepal.org/">https://www.cepal.org/</a> en/publications/36693-compacts-equality-towards-sustainable-future (zuletzt geprüft am 16.7.2014).
- (2019): CEPALSTAT. Bases de Datos y Publicaciones Estadísticas. <a href="https://estadisticas.">https://estadisticas.</a> cepal.org/cepalstat/WEB CEPALSTAT/estadisticasIndicadores.asp?idioma=e (zuletzt geprüft am 23.3.2020).
- Chapin, Mac (1991): Loosing the Way of the Great Father. New Scientist 10:40–44.
- Chimienti, Adam / Matthes, Sebastian (2013): Verrat am Regenwald, 11.10.2013 (10231). http://www.monde-diplomatique.de/pm/2013/10/11/a0004.text (zuletzt geprüft am 10.10.2013).
- CIPCA / APG Charagua Norte (2004): Plan de Gestión Territorial TCO Charagua Norte. Charagua: CIPCA u. APG Charagua Norte.
- Codding, Brian F. / Bliege Bird, Rebecca / Bird, Douglas W. / Zeanah, David W. (2016): Alternative Aboriginal Economies. Martu Livelihoods in the Twenty-First Century. In Brian F. Codding und Karen L. Kramer (Hg.): Why Forage? Hunters and Gatherers in the Twenty-first Century. Santa Fe: School for Advanced Research Press, S. 185–211.
- CONAIE-ECUARUNARI-CDDH (1990): Declaración de Quito: Primer Encuentro Continental De Los Pueblos Indígenas, 500 Años De Resistencia Indígena, Negra Y Popular. Resoluciones. CDDH(Quito): Comisión de Prensa.
- Corden, W. M. (1984): Booming sector and Dutch disease; Survey and consolidation. Oxford Economic Papers 36:359-380.
- Cortez, David / Wagner, Heike (2013): "El buen vivir" ein alternatives Entwicklungsparadigma? In: Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz und Rainer Öhlschläger (Hg.): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.–15.01.2012. Nomos, S. 61–78.
- Defensoría del Pueblo (2012): Reporte de conflictos sociales. No. 98. Lima (Peru). http:// www.defensoria.gob.pe/conflictos-sociales/ (zuletzt geprüft am 25.8.2016).
- Dennis, Philip A. (2004): The Miskitu People of Awastara. Austin: University of Texas Press.

- Descola, Philippe (2000): In the Society of Nature. A Native Ecology in Amazonia. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Dietz, Kristina (2011a): Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania. Univ., Diss. Kassel, 2010. 1. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot (Raumproduktionen, 11).
- (2011b): Sozial-ökologische Ungleichheiten. Zum Verhältnis von Gesellschaft, Natur und Demokratie in Lateinamerika. In: Ingrid Wehr und Hans-Jürgen Burchardt (Hg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt. 1. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 107-136.
- (2017): Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt La Colosa in Kolumbien. GLOCON Working Paper Series, No. 4, April 2017. https://www.land-conflicts.fu-berlin.de/ media\_design/working-papers/WP4\_RZ-web.pdf (zuletzt geprüft am 23.3.2020).
- Ecuador (2008): Constitución de la República del Ecuador, 2008.
- El Comercio (2013): Petroamazonas: bienvenido sea el ITT, 16.10.2013. http://www.elcomercio.com/negocios/Petroamazonas-Yasuni\_IIT-petroleo-explotacion\_de\_ petroleo 0 1012098822.html (zuletzt geprüft am16.10.2013).
- Escobar, Arturo (2006): Difference and Conflict in the Struggle Over Natural Resources: A political ecology framework. Development 49 (3): 6-13.
- Evers, Hans-Dieter (1987): Subsistenzproduktion, Markt und Staat. Der sog. Bielefelder Verflechtungsansatz. Geographische Rundschau 39:136–140.
- (1990): Subsistenzproduktion und Hausarbeit Anmerkungen zu einer Kritik des sog. Bielefelder Ansatzes. Zeitschrift für Soziologie 19 (6):471–473.
- Fackler, Michael (2018): Indigene Autonomie in Lateinamerika. Zur Verstaatlichung indigener Selbstverwaltung in Bolivien. Unveröffentlichte Dissertation am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover.
- FAO (2013): Tenure of indigenous peoples' territories and REDD+ as a forestry management incentive: the case of Mesoamerican countries. Hg. v. FAO.
- ——— (2016): Water withdrawal by sector. <a href="https://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/">https://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/</a> weltagrarbericht/Weltagrarbericht/13Wasser/2016WorldData-Withdrawal\_eng.pdf (zuletzt geprüft am 25.3.2020).
- ——— (2017): 6 ways indigenous peoples are helping the world to achieve #ZeroHunger. http://www.fao.org/zhc/detail-events/en/c/1028010/ (zuletzt geprüft am 28.10.2019).
- FDCL (2015): Bergbauboom in Lateinamerika. Factsheet. https://www.fdcl.org/wp-content/ uploads/2016/01/FDCL\_FACT\_Bergbau-Boom-in-Lateinamerika\_21122015.pdf (zuletzt geprüft am11.11.2016).
- (2018): Factsheet Lateinamerika. <a href="https://www.fdcl.org/publication/2018-12-30-">https://www.fdcl.org/publication/2018-12-30-</a> biodiversitaet-in-lateinamerika/ (zuletzt geprüft am 1.5.2020).
- Feldt, Heidi (2004): Bodenschätze auf indigenem Land. In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit. Heidelberg: Kasparek Verlag, S. 100–117.
- Finley-Brooks, Mary / Thomas, Curtis (2010): From malignant neglect to extreme intervention: Treatment of displaced indigenous populations in two large hydro projects in Panama. Water Alternatives 3 (2):269–290.

- Frank, Erwin H. (1992): Geschichte und Utopie: Die indianistische Bewegung in Ekuador. In: D. Dirmoser, W. Gabbert, K. Meschkat, C. Müller-Plantenberg, U. Müller-Plantenberg, E. v. Oertzen, M. Rediske und J. Ströbele-Gregor (Hg.): Die Wilden und die Bar-barei. Lateinamerika Analysen und Berichte, Nr. 16. Münster, Hamburg: Lit., S. 48–65.
- Fritz, Thomas (2009): Peak Soil. Die globale Jagd nach Land. FDCL Verlag Berlin.
- Fundación Tierra (2011): Informe 2010. Territorios Indígena Originario Campesinos en Bolivia entre la Loma Santa y la Pachamama. La Paz (Bolivien): Fundación Tierra.
- Gabbert, Wolfgang (1992): Von der mestizischen zur multi-ethnischen Nation Staatspartei und Indianer im nachrevolutionären Mexiko. In: Dirmoser, W. Gabbert, K. Meschkat, C. Müller-Plantenberg, U. Müller-Plantenberg, E. v. Oertzen, M. Rediske und J. Ströbele-Gregor (Hg.) Lateinamerika Analysen und Berichte, Vol. 16., Münster: Lit, S. 32–47.
- ---- (2007): From Generalized Reciprocity to Imagined Community Ethnogenesis and Social Differentiation among the Miskito-Indians of Eastern Nicaragua. In: W. Dresler, B. Fahmel u. K. Noack (Hg.): Culturas en movimiento. Contribuciones a la transformación de identidades étnicas y culturas en América. México D.F.: UNAM/IAI/IIA, S. 307–326.
- ---- (2011): Indigenous Law as State Law Recent Trends in Latin American Legal Pluralism. In: Werner Zips und Markus Weilenmann (Hg.): The Governance of Legal Pluralism. Empirical Studies from Africa and Beyond (Ethnologie: Forschung und Wissenschaft Vol. 12). Berlin: Lit., S. 275–292.
- ---- (2012): The longue durée of Colonial Violence in Latin America. Historical Social Research 37 (3):254–275.
- ——— (2018a): Indigenous Rights, Natural Resources and the State the Intricacies of Sustainable Development in Middle America. ISH Working Paper, 01–2018, Institute of Sociology, Leibniz University Hannover. <a href="https://www.ish.uni-hannover.de/fileadmin/soziologie/B.A.">https://www.ish.uni-hannover.de/fileadmin/soziologie/B.A.</a> Sozialwissenschaften/Arbeitspapiere/ISH-WP Gabbert III-1.pdf (zuletzt geprüft am 23.3.2020).
- ——— (2018b): Indigeneity, Culture and the State: Social Change and Legal Reforms in Latin America. In: Eva Gerharz, Nasir Uddin und Pradeep Chakkarath (Hg): Indigeneity on the Move. Varying Manifestations of a Contested Concept. Oxford, New York: Berghahn, S. 240–269.
- ——— (2019): Soziale Organisation und Konfliktregelung in indigenen Gemeinden Mesoamerikas. In: Eveline Dürr und Henry Kammler (Hg.): Einführung in die Ethnologie Mesoamerikas. Ein Handbuch zu den indigenen Kulturen. Münster: Waxmann, S. 219–228.
- ——— (2020): Marginalization, Assimilation, and Resurgence: Indigenous People in Central America since Independence. In: Robert H. Holden (Hg.): Handbook of Central American History. Oxford: Oxford University Press. <a href="https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780190928360.001.0001/oxfordhb-9780190928360-e-5">https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780190928360.001.0001/oxfordhb-9780190928360-e-5</a> (zuletzt geprüft am 8.1.2021).

- ---- (2012b): El "oenegismo", enfermedad infantil del derechismo. (O cómo la "reconducción" del Proceso de Cambio es la restauración neoliberal). <a href="http://www.rebelion.org/docs/133285.pdf">http://www.rebelion.org/docs/133285.pdf</a> (zuletzt geprüft am15.12.2017).
- Göbel, Barbara (2013): Lithium das neue Öl der Anden? Sozio-ökologische Konfliktdynamiken im Lithiumbergbau Argentiniens. In: Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz und Rainer Öhlschläger (Hg.): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.–15.01.2012. Nomos, S. 165–180.
- Gombay, Nicole (2010): Making a Living. Place, Food, and Economy in an Inuit Community. Saskatoon: Purich.
- Gómez Montes, Ignacio / Eschenhagen, María Luisa (2014): Conflictos socioambientales de la mineria del oro y el rol del modelo económico dominante de América Latina. In: Barbara Göbel und Astrid Ulloa Cubillos (Hg.): Extractivismo minero en Colombia y América Latina. 1. ed. Bogotá, Berlin: Universidad Nacional de Colombia; Ibero-Amerikanisches Institut (Biblioteca Abierta Colección General Perspectivas ambientales, 429), S. 389–424.
- González, Miguel (2015): Indigenous Territorial Autonomy in Latin America: An Overview. Latin American and Caribbean Ethnic Studies 10 (1):10–36.
- Goodale, Mark / Postero, Nancy (2013): Neoliberalism, Interrupted. Social Change and Contested Governance in Contemporary Latin America. Stanford, California: Stanford University Press.
- Gordon, David M. / Krech, Shepard (Hg.) (2012): Indigenous Knowledge and the Environment in Africa and North America. Ohio University Press series in ecology and history. Athens, Ohio: Ohio Univ. Press.
- Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse (Einstiege; Bd. 7). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Greenpeace (2007): Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe. <a href="https://www.green-peace.de/files/klimafluechtlinge\_endv\_0.PDF">https://www.green-peace.de/files/klimafluechtlinge\_endv\_0.PDF</a> (zuletzt geprüft am 7.9.2020).
- Gudynas, Eduardo (2009): Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual. <a href="http://www.gudynas.com/publicaciones/GudynasNuevoExtractivismo10Tesis09x2.pdf">http://www.gudynas.com/publicaciones/GudynasNuevoExtractivismo10Tesis09x2.pdf</a> (zuletzt geprüft am 11.6.2012).
- ——— (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen (Kurswechsel, No 3). <a href="http://www.gudynas.com/publicaciones/GudynasNeoExtraktivismStateKurswechsel2011.pdf">http://www.gudynas.com/publicaciones/GudynasNeoExtraktivismStateKurswechsel2011.pdf</a> (zuletzt geprüft am 19.2.2012).
- ---- (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: FDCL und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, S. 46–63.

- ——— (2013): Die neue alte Entwicklungsstrategie Lateinamerikas: Der Extraktivismus und seine Folgen. In: Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz und Rainer Öhlschläger (Hg.): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.–15.01.2012. Nomos, S. 33–45.
- Hackfort, Sarah K. (2015): Klimawandel und Geschlecht. Zur politischen Ökologie der Anpassung in Mexiko. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Studien zu Lateinamerika, 29).
- Hadoon, Deborah / Ayele, Sophia / Fuentes-Nieva, Ricardo (2016): An economy for the 1%. How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. Hg. v. Oxfam (210 Oxfam briefing paper). https://www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/file attachments/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en\_0.pdf (zuletzt geprüft am 7.9.2020).
- Hale, Charles R. (2002) Does Multiculturalism Menace? Governance, Cultural Rights and the Politics of Identity in Guatemala. Journal of Latin American Studies 34 (3):485–524.
- ——— (2004): Rethinking Indigenous Politics in the Era of the 'Indio Permitido'. NACLA Report on the Americas 38 (2):16–21.
- ---- (2011) Resistencia para que? Territory, autonomy and neoliberal entanglements in the 'empty spaces' of Central America. Economy and Society 40 (2):184–210.
- Hames, Raymond (2007): The Ecologically Noble Savage Debate. Annual Review of Anthropology 36:177–190.
- Hastrup, Kirsten (2017): The Viability of a Arctic Hunting Community: A Historical Perspective. In: Marc Brightman u. Jerome Lewis (Hg.): The Anthropology of Sustainability. Beyond Development and Progress. New York: Palgrave Macmillan, S. 145–163.
- Healy, Kevin (1984): Caciques y Patrones. Cochabamba: Ediciones El Buitre.
- Heinberg, R. (2010): Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines. Gabriola Island Canada: New Society Publishers.
- Helms, Mary W. (1971): Asang Adaptations to Culture Contact in a Miskito Community. Gainesville, FL: University of Florida Press.
- Herlihy, Peter H. / Tappan, Taylor A. (2019): Recognizing Indigenous Miskitu Territory in Honduras. Geographical Review 109 (1):67–86.
- Horton, Lynn (2007): Grassroots Struggles for Sustainability in Central America. Boulder, CO: University Press of Colorado.
- Howell, Signe (2017): Different Knowledge Regimes and Some Consequences for "Sustainability". In: Marc Brightman und Jerome Lewis (Hg.): The Anthropology of Sustainability. Beyond Development and Progress. New York: Palgrave Macmillan, S. 127–143.
- Humphreys, M. (2005): Natural resources, conflict and conflict resolution: Uncovering the mechanisms. Journal of Conflict Resolution 49:508–537.
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (1989): Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 169, 1989 (ILO 169).
- Inspection Panel (2016): Indigenous Peoples. World Bank, Washington, DC. License: Creative Commons Attribution CC BY 3.0 IGO. <a href="https://www.inspectionpanel.org/files/publications/Emerging%20Lessons%20Learned%20No.%202%20-%20Indigenous%20Peoples.pdf">https://www.inspectionpanel.org/files/publications/Emerging%20Lessons%20Learned%20No.%202%20-%20Indigenous%20Peoples.pdf</a> (zuletzt geprüft am 8.4.2020).

- Jackson, Jeremy B.C. (2001): Historical Overfishing and the Recent Collapse of Coastal Ecosystems. Science 293 (5530):629–638.
- Kalland, Arne (2003): Anthropology and the Concept Sustainability. Some Reflections. In: Andreas Roepstorff, Nils Bubandt und Kalevi Kull (Hg.): Imagining Nature: Practices of Cosmology and Identity. Aarhus: Aarhus University Press, S. 161–180.
- Karl, Terry Lynn (1997): The paradox of plenty. Oil booms and petro-states. Berkeley: University of California Press (Studies in international political economy, 26).
- Kicza, John E. (2004): Introduction. In: John E. Kicza (Hg.): The Indian in Latin American History. Resistance, Resilience and Acculturation. Lanam, Md. [u.a.]: SR Books, S. xiiv-xxviii.
- Kimerling, Judith (2006): Indigenous peoples and the oil frontier in Amazonia: The case of Ecuador, Chevrontexaco, and Aguinda V. Texaco. <a href="https://academicworks.cuny.edu/cl-pubs/159/">https://academicworks.cuny.edu/cl-pubs/159/</a> (zuletzt geprüft am 25.08.2016).
- Kindblad, Christopher (2010): Gift and Exchange among the Miskitu on the Atlantic Coast, Nicaragua. A Historical-Comparative Study of Cultural Change, 20th Century. Saarbrücken: Lambert Academic Publishers.
- Klein, Herbert S. (2011): A Concise History of Bolivia. Second Edition. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Kolumbien (1991): CONSTITUCIÓN POLÍTICA DE COLOMBIA 1991. Actualizada con los Actos Legislativos a 2016. Hg. v. Corte Constitucional Consejo Superior de la Judicatura, Centro de Documentación Judicial— CENDOJ, Biblioteca Enrique Low Murtra—BELM.
- König, Hans-Joachim (2006): Kleine Geschichte Lateinamerikas. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kruger, Anne (1974): The political economy of the rent-seeking society. American Economic Review 64 (3):291–303.
- Kuhn, Rosie (2011): No Todo Lo Que Brilla Es Oro. Conflictos socio ambientales alrededor de dos proyectos de minería a gran escala en el Ecuador. <a href="https://repositorio.uasb.edu.ec/bitstream/10644/2259/1/T0952-MELA-Kuhn-No%20todo.pdf">https://repositorio.uasb.edu.ec/bitstream/10644/2259/1/T0952-MELA-Kuhn-No%20todo.pdf</a> (zuletzt geprüft am 29.1.2021).
- Kuipers, James R. / Kuipers & Associates (2016): Informe Pericial sobre los proyectos Loma Larga y Río Blanco Provincia de Azuay, Ecuador. <a href="https://miningwatch.ca/sites/default/files/informe-pericial-kuipers-loma-larga-rio-blanco.pdf">https://miningwatch.ca/sites/default/files/informe-pericial-kuipers-loma-larga-rio-blanco.pdf</a> (zuletzt geprüft am 15.12. 2017).
- Kuper, Adam (2003): The Return of the Native. Current Anthropology 44 (3):389-402.
- Laing, Anna F. (2015): Resource Sovereignties in Bolivia: Re-Conceptualising the Relationship between Indigenous Identities and the Environment during the TINPNIS Conflict. Bulletin of Latin American Research 34 (2): 149–166.
- Larmer, Brook (2009): Oro. El costo humano de una obsesión. National Geographic en Español 24 (1):20–47.
- Levitsky, Steven / Roberts, Kenneth M. (Hg.) (2011): The Resurgence of the Latin American Left. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Lindig, Wolfgang / Münzel, Mark (1976): Die Indianer. Kulturen und Geschichte der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas. München: Wilhelm Fink Verlag.

- MacKay, Fergus (2010): A Guide to Indigenous Peoples' Rights in the International Labour Organization. Forest Peoples Programme. <a href="http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2010/09/iloguideiprightsjul02eng.pdf">http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2010/09/iloguideiprightsjul02eng.pdf</a> (zuletzt aufgerufen am 8.4.2020).
- Mahdavy, H. (1970): The Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States: the Case of Iran. In: M. A. Cook (Hg.): Studies in the Economic History of the Middle East: from the Rise of Islam to the Present Day (School of Oriental & African Studies), S. 428–467. <a href="http://www-personal.umich.edu/~twod/oil-s2010/rents/Mahdavy.pdf">http://www-personal.umich.edu/~twod/oil-s2010/rents/Mahdavy.pdf</a> (zuletzt geprüft am 9.9.2016).
- Mähler, Annegret / Neußer, Gabriele / Schilling-Vacaflor, Almut (2011): Schwarzes Gold und grüne Ambitionen: Ressourcenpolitik in den Andenländern. GIGA Focus Lateinamerika 05/2011, Hamburg: GIGA.
- Mahnkopf (2013): Peak Everything Peak Capitalism? Folgen der sozial-ökologischen Krise für die Dynamik des historischen Kapitalismus. Working Paper 02/2013 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. <a href="http://www.forschungs-netzwerk.at/downloadpub/wp2">http://www.forschungs-netzwerk.at/downloadpub/wp2</a> 2013.pdf (zuletzt geprüft am 07.09.2020).
- Martínez-Alier, Joan (2002): The Environmentalism of the Poor. Edward Elgar Publishing. World Summit on Sustainable Development. UNRISD. <a href="http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.566.5582&trep=rep1&ttype=pdf">http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.566.5582&trep=rep1&ttype=pdf</a> (zuletzt geprüft am 12.10.2016).
- Matthes, Sebastian (2012): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika (One World Perspectives). <a href="https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP\_Working\_Paper\_2012\_02.pdf?sequence=1&tisAllowed=y">https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/201502.pdf
- ——— (2019): Der Neo-Extraktivismus und die Bürgerrevolution. Rohstoffwirtschaft und soziale Ungleichheiten in Ecuador. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- McCreery, David (2004): State Power, Indigenous Communities, and Land in Nineteenth-Century Guatemala, 1820–1920. In: J. E. Kicza (Hg.): The Indian in Latin American History. Resistance, Resilience and Acculturation. Lanam, Md. [u.a.]: SR Books, S. 191–212.
- McNeish, John-Andrew (2012): More than Beads and Feathers: Resource Extraction and the Indigenous Challenge in Latin America. In: H. Haarstad (Hg.): New Political Spaces in Latin American Natural Resource Governance. New York: Palgrave Macmillan, S. 39–60.
- ——— (2018): Resource Extraction and Conflict in Latin America. Colombia Internacional 93:3–16. DOI: 10.7440/colombiaint93.2018.01.
- Meillassoux, Claude (1983): Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meschkat, Klaus (2008): Verfassungsprozesse und soziale Konflikte in den Andenländern: neue Entwicklungen in Bolivien und Ecuador. <a href="https://www.boell.de/de/navigation/demokratiefoerderung-4417.html">https://www.boell.de/de/navigation/demokratiefoerderung-4417.html</a> (zuletzt geprüft am 8.4.2020).
- Mikesell, R. (1997): Explaining the resource curse, with special reference to mineral exporting countries. Resources Policy 23 (4):191–199.

- Miranda, Carlos (2008): La importancia del gas en la economía boliviana. In: J. Crabtree, G. Gray Molina u. L. Whitehead (Hg.): Tensiones irresueltas: Bolivia, pasado y presente. La Paz (Bolivien): PNUD Bolivia, S. 189–210.
- Moore, Henrietta (2017): What Can Sustainability Do for Anthropology? In: Marc Brightman und Jerome Lewis (Hg.): The Anthropology of Sustainability. Beyond Development and Progress. New York: Palgrave Macmillan, S. 67–80.
- Mossbrucker, Harald (1989): The 'Comunidad Andina': A Critical Examination. Anthropos 84 (4):385–404.
- Mudd, Gavin M. (2007): The Sustainability of Mining in Australia: Key Production Trends and Environmental Implications. Hg. v. Department of Civil Engineering, Monash University and Mineral Policy Institute. <a href="http://users.monash.edu.au/~gmudd/files/SustMining-Aust-Report-2009-Master.pdf">http://users.monash.edu.au/~gmudd/files/SustMining-Aust-Report-2009-Master.pdf</a> (zuletzt geprüft am 25.8.2016).
- Münzel, Mark (1985): Der vorläufige Sieg des indianischen Funktionärs über den indianischen Medizinmann in Lateinamerika. Peripherie 20:5–17.
- Nietschmann, Bernard (1973): Between Land and Water: The Subsistence Ecology of the Miskito Indians, Eastern Nicaragua. New York: Seminar Press.
- OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) (2016): Amerikanische Erklärung über die Rechte indigener Völker (AERIV), 2016.
- Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina [OCMAL] (2019): (2014): Conflictos mineros en América Latina. Extracción, saqueo y agresión. Estado de situación en 2014. <a href="https://www.ocmal.org/conflictos-mineros-en-america-latina-extraccion-saqueo-y-agresion-estado-de-situacion-en-2014">https://www.ocmal.org/conflictos-mineros-en-america-latina-extraccion-saqueo-y-agresion-estado-de-situacion-en-2014</a> (zuletzt geprüft am 24.11.2016).
- ——— (2019): ¿Agua o Minería? Resistencias Comunitarias en América Latina. Informe No. 2. Comunidades Indígenas de Colombia, Ecuador y Venezuela en la Defensa del Agua contra la Mineria. Santiago de Chile. <a href="https://www.ocmal.org/informe-no-2-agua-o-mineria-resistencias-comunitarias-en-america-latina/">https://www.ocmal.org/informe-no-2-agua-o-mineria-resistencias-comunitarias-en-america-latina/</a> (zuletzt geprüft am 9.2.2020).
- Ochoa, Sebastián (2008): Un esperado regreso a la tierra milenaria de los Guaraníes. Página 12 (Buenos Aires). <a href="http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-115908-2008-2008">http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-115908-2008-2008</a> <a href="http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-115908-2008">http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-115908-2008</a> <a href="http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-115908-2008">http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-115908-2008</a>
- Oertzen, Eleonore von (1992): Editorial. In: D. Dirmoser, W. Gabbert, K. Meschkat, C. Müller-Plantenberg, U. Müller-Plantenberg, E. v. Oertzen, M. Rediske u. J. Ströbele-Gregor (Hg.): Die Wilden und die Barbarei. Lateinamerika Analysen und Berichte. Nr. 16. Münster, Hamburg: Lit., S. 1–11.
- Ong, Aihwa (2006): Neoliberalism as exception. Mutations in citizenship and sovereignty. Durham, N.C. [u.a.]: Duke Univ. Press.
- Orozco Medina, Mónica Cecilia (2013): Una política sin rumbo: el caso del sector petrolero ecuatoriano 2005–2010. Quito: FLASCO, Sede Ecuador.
- Peters, Stefan (2014): Erdöl, Rente und Politik: Vom Ressourcenfluch zur Rentengesellschaft. WeltTrends 97:62–70.
- ---- (2019): Sozialismus der 21. Jahrhunderts in Venezuela: Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Pfaff-Czarnecka, Joanna / Büschges, Christian/ Hecker, Friso / Kaltmeier, Olaf (2007): Ethnisierung und De-Ethnisierung des Politischen: Aushandlungen um Inklusion und Exklusion im andinen und im südasiatischen Raum. In: J. Pfaff-Czarnecka und Ch.

- Büschges (Hg.): Die Ethnisierung des Politischen: Identitätspolitiken in Lateinamerika, Asien und den USA. Frankfurt u. New York: Campus Verlag, S. 19–63.
- Polanyi, Karl ([1944] 1977): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt, a.M.: Suhrkamp.
- ---- (1979): Ökonomie und Gesellschaft. Frankfurt, a.M.: Suhrkamp.
- Postero, Nancy (2017): The Indigenous State. Race, Politics, and Performance in Plurinational Bolivia. Oakland: University of California Press.
- Postero, Nancy / Tockman, Jason (2020): Self-Governance in Bolivia's First Indigenous Autonomy: Charagua. Latin American Research Review 55: 1–15.
- Redford, Kent H. / Stearman, Allyn Maclean (1993): Forest-Dwelling Native Amazonians and the Conservation of Biodiversity: Interests in Common or in Collision? Conservation Biology 7 (2):248–255.
- Reed, Richard K. (2009): Forest Dwellers, Forest Protectors. Indigenous Models for International Development, Cultural survival studies in ethnicity and change. Upper Saddle River, N.J: Pearson Prentice Hall.
- Rockström, Johan/ Steffen, Will / Foley, Jonathan A. (2009): A safe Operating Space for Humanity. Nature 461:472–475. <a href="https://www.nature.com/articles/461472a">https://www.nature.com/articles/461472a</a> (zuletzt geprüft am 7.9.2020).
- Rojas Dávila, Roberto / Jacanamijoy Jacanamejoy, Shirley (2020): Aprendiendo y enseñando sobre nuestros derechos. Declaración Americana sobre los Derechos de los Pueblos Indígenas. Hg. v. OAS (Documentos oficiales; OEA/Ser.D).
- Romero, Carlos/ Albó, Xavier (2009): Autonomías indígenas en la realidad boliviana y su nueva Constitución. La Paz (Bolivien): Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia.
- Ross, M. (2001) Does oil hinder democracy? World Pol. 53:325–361.
- Sacher, William / Acosta, Alberto (2012): La minería a gran escala en Ecuador. Análisis y datos estadísticos sobre la minería industrial en el Ecuador. Quito-Ecuador: Abya Yala.
- Sachs, Jeffery D. / Warner, Andrew M. (1997): Natural Resource Abundance and Economic Growth. Center for International Development and Harvard Institute for International Development. <a href="https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782">https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782</a> <a href="https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782">https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782</a> <a href="https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782">https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782</a> <a href="https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782">https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782</a> <a href="https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782">https://pdfs.semanticscholar.org/7b14/045909f42117197b82a910782</a>
- ----- (2001): The curse of natural resources. European Economic Review 45 (4–6):827–838, DOI: 10.1016/S0014-2921(01)00125-8.
- Sachs, Wolfgang (1999): Planet Dialectics: Explorations in Environment and Development. London: Zed Books.
- Sáez-Arance, Antonio (2013): Chile. In: S. Hensel u. B. Potthast (Hg.): Das Lateinamerika Lexikon. Wuppertal: Peter Hammer Verlag, S. 57–63.
- Salgado Pavez, René / Aranibar, Ana María / Chaparro Ávila, Edurado (2011): La industria extractiva en América Latina y el Caribe y su relación con las minorías étnicas. CEPAL; UNITED NATIONS (Recursos naturales e infraestructura). <a href="http://www.cepal.org/publicaciones/xml/4/45094/Lcl3411e.pdf">http://www.cepal.org/publicaciones/xml/4/45094/Lcl3411e.pdf</a> (zuletzt geprüft am 26.06.2012).
- Sandbakken, C. (2006): The limits to democracy posed by oil rentier states: The cases of Algeria, Nigeria and Libya. Democratiz 13:135–152.

- Sandner Le Gall, Verena (2003): Myths and Laws: Changing Institutions of indigenous Marine Resource Management in Central America. In: Heiko Breit, Anita Engels, Timothy Moss und Markus Troha (Hg.): How Institutions Change. Perspectives on Social Learning in Global and Local Environmental Contexts. Opladen: Leske & Budrich, S. 269–300.
- ---- (2007): Indigenes Management mariner Ressourcen in Zentralamerika. Kiel: Geographisches Institut der Universität Kiel.
- San Sebastián, Miguel / Hurtig, Anna-Karin (2004): Oil exploitation in the Amazon basin of Ecuador: a public health emergency. Public Health 15 (3):205–211.
- Santos, Boaventura de Sousa (2012a): Plurinationaler Konstitutionalismus und experimenteller Staat in Bolivien und Ecuador. In: U. Brand, I.M. Radhuber und A. Schilling-Vacaflor (Hg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 337–355.
- ---- (2012b): Cuando los excluidos tienen derecho: justicia indígena, plurinacionalidad e interculturalidad. In: B. d. Sousa Santos u. J. Exeni Rodríguez (Hg.): Justicia Indígena, plurinacionalidad e interculturalidad en Bolivia. Quito: Ediciones Abya-Yala, S. 11–48.
- Sawyer, Suzana / Gomez, Edmund Terence (2012): On Indigenous Identity and a Language of Rights. In: S. Sawyer u. E. T. Gomez (Hg.): The Politics of Resource Extraction. Indigenous Peoples, Multinational Corporations and the State. New York [u.a.]: Palgrave Macmillan, S. 9–32.
- Schilling-Vacaflor, Almut (2010): Die indigenen Völker Lateinamerikas: Zwischen zunehmender Selbstbestimmung und anhaltender Marginalisierung. Hg. v. German Institute of Global and Area Studies (GIGA-Focus). <a href="http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\_lateinamerika\_1008.pdf">http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\_lateinamerika\_1008.pdf</a> (zuletzt geprüft am 13.7.2011).
- Schüren, Ute (1997): 'Land ohne Freiheit': Mexikos langer Abschied von der Agrarreform. In: K. Gabbert, W. Gabbert, B. Hoffmann, A. Koschützke, K. Meschkat, C. Müller-Plantenberg, U. Müller-Plantenberg, E. v. Oertzen u. J. Ströbele-Gregor (Hg.): Land und Freiheit (Lateinamerika Analysen und Berichte. Band 21), Bad Honnef: Horlemann, S. 33–65.
- Schüren, Ute / Gabbert, Wolfgang (2013): From Indio to Campesino and back: Revolution, agrarian reform and indigenism in Mexico. In: B. Krekeler, E. König, S. Neumann und D. Ölschläger (Hg.): Para quê serve o conhecimento se eu não posso dividi-lo? Was nützt alles Wissen, wenn man es nicht teilen kann? Gedenkschrift für Erwin Heinrich Frank. Berlin: Gebr. Mann Verlag, S. 123–142.
- Senghaas, Dieter (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sieder, Rachel / Barrera Vivero, Anna (2017): Legalizing Indigenous Self-Determination: Autonomy and Buen Vivir in Latin America. The Journal of Latin American and Caribbean Anthropology 22 (1):9–26.
- Sinnott, Emily / Nash, John / La Torre, Augusto de (2010): Natural Resources in Latin America and the Caribbean. Beyond Booms and Busts? Washington D.C., <a href="https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/2482/555500PUB0-">https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/2482/555500PUB0-</a>

- Natu1EPI1991501801PUBLIC1.pdf?sequence=1&isAllowed=y (zuletzt geprüft am 8.8. 2012).
- Smith, Eric Alden / Wishnie, Mark (2000): Conservation and Subsistence in Small-Scale Societies. Annual Review of Anthropology 29:493-524.
- Social Watch (2011): Proyecto mesoamérica: cambio de nombre, no de empresa. www.socialwatch.org/sites/default/files/CO7 ProyectoMesoamerica 2011.pdf (zuletzt geprüft am 22.6.2018).
- Stavenhagen, Rodolfo:(1980) Problemas etnicos y campesinos. México D.F: Instituto Nacional Indigenista / Secretaria de Educación Pública.
- (2009): Indigenous Peoples as New Citizens of the World. Latin American and Caribbean Ethnic Studies 4 (1):1-15.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2007): De Indio a actor político: sobre los procesos de transformación de las organizaciones indígenas en los países andinos en la segunda mitad del siglo XX. In: W. Dresler, B. Fahmel und K. Noack (Hg.): Culturas en movimiento. Contribuciones a la transformación de identidades étnicas y culturas en América. México D.F.: UNAM/IAI/IIA, S. 291-307.
- (2012): Lithium in Bolivien: Das staatliche Lithium-Programm, Szenarien sozio-ökologischer Konflikte und Dimensionen sozialer Ungleichheit. Berlin (Working Paper Series, 13). <a href="https://www.desigualdades.net/Working-Papers/Search-Working-Papers/">https://www.desigualdades.net/Working-Papers/</a> Working-Paper-13-\_Lithium-in-Bolivien\_/index.html (zuletzt geprüft am 07.09.2020).
- Svampa, Maristella (2012): Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika. In: FDCL und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, S. 14–21.
- (2013): Neo-Desarrollistischer Extraktivismus und soziale Bewegungen: Eine ökoterritoriale Wende in Richtung neuer Alternativen? In: Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz und Rainer Ohlschläger (Hg.): Umwelt und Entwicklung in Lateinamerika: Widerspruch oder Perspektive? Weingartener Lateinamerika-Gespräche. Weingarten, 13.-15.01.2012. Nomos, S. 79-92.
- Tarras-Wahlberg, N. H. / Flachier, A. / Lane, S. N. / Sangfors, O. (2001): Environmental impacts and metal exposure of aquatic ecosystems in rivers contaminated by small scale gold mining: the Puyango River basin, southern Ecuador. The Science of the Total Environment, S. 239-261.
- Teal, J.M. / Howarth, R.W. (1984): Oil spill studies: A review of ecological effects. Environmental Management 8:27-43. https://doi.org/10.1007/BF01867871.
- Tockman, Jason / Cameron, John / Plata, Wilfredo (2015): New Institutions of Indigenous Self-Governance in Bolivia: Between Autonomy and Self-Discipline. Latin American and Caribbean Ethnic Studies 10 (1):37-59.
- Tornell, A. / Lane, P.R. (1999): The voracity effect. American Economic Review 89:22–46.
- Tsui, K. K. (2010): Resource curse, political entry, and deadweight costs. Economics and Politics 22 (3):471-497.
- UNDP (2014): Human Development Report 2014. Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience. <a href="http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14-">http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14-</a> report-en-1.pdf (zuletzt geprüft am 30.07.2014).

- UNESCO (2019): 2019 UNESCO International Year of Indigenous Languages. https:// www.ubcic.bc.ca/2019 unesco international year of indigenous languages (zuletzt geprüft am 2.9.2020).
- United Nations [Department of Economic and Social Affairs, Population Division] (2015). World Population Prospects: The 2015 Revision, Key Findings and Advance Tables. Working Paper No. ESA/P/WP.241. <a href="https://population.un.org/wpp/Publications/Files/">https://population.un.org/wpp/Publications/Files/</a> Key\_Findings\_WPP\_2015.pdf (zuletzt geprüft am 7.9.2020).
- Urkidi, Leire / Walter, Mariana (2011): Dimensions of environmental justice in anti-gold mining movements in Latin America. Geoforum 42 (6):683-695.
- Urteaga-Crovetto, Patricia (2012): The Broker State and the 'Inevitability' of Progress. In: S. Sawyer u. E. T. Gomez (Hq.): The Politics of Resource Extraction. Indigenous Peoples, Multinational Corporations and the State. New York [u.a.]: Palgrave Macmillan, S. 103-128.
- USGS National Minerals Information Center (2005): Geology and Nonfuel Mineral Deposits of Latin America and Canada. U.S. Geological Survey Open-File Report 2005-1294B. Unter Mitarbeit von Cunningham, C.G.; Zientek, M.L.; Bawiec, W.J.; und Orris, G.J. Hg. v. USGS.
- Vandegrift, Roo / Thomas, Daniel C. / Roy, Bitty A. / Levy, Mierya (2018): The extent of recent mining concessions in Ecuador. Rainforest Information Center, Nimbin, New South Wales, Australia. <a href="https://population.un.org/wpp/Publications/Files/Key">https://population.un.org/wpp/Publications/Files/Key</a> Findings WPP 2015.pdf (zuletzt geprüft am 7.9.2020).
- van Lennep, E. (1990): Arctic to Amazonia: An Alliance for the Earth. Cultural Survival Quarterly 14 (1):46–7.
- Vereinte Nationen (2007): Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker / United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (UNDRIP), 2007.
- Vickers, William T. (1991): Hunting Yields and Game Composition over Ten Years in an Amazon Indian Territory. In: John G. Robinson und Kent H. Redford (Hg.): Neotropical Wildlife Use and Conservation. Chicago, III.: University of Chicago Press, S. 53–81.
- Wade, Peter (2010): Race and Ethnicity in Latin America. Second Edition. London u. New York: PlutoPress.
- Watts, Michael (2017): Politische Ökologie von Öl und Gas am Golf von Guinea -Einsichten aus Nigeria. In: H.-J. Burchardt u. S. Peters (Hg.): Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive. Frankfurt am Main, S. 61–88.
- Webster, David (2002): The Fall of the Ancient Maya. London: Thames & Hudson.
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Wenzel, George W. (2016): Inuit Culture: To Have and to have Not; or, Has Subsistence Become an Anachronism? In: Brian F. Codding und Karen L. Kramer (Hg.): Why Forage? Hunters and Gatherers in the Twenty-first Century. Santa Fe: School for Advanced Research Press, S. 43-60.
- Whyte, Kyle / Caldwell, Chris / Schaefer, Marie (2018): Indigenous Lessons about Sustainability Are Not Just for "All Humanity". In: Julie Sze (Hg.): Sustainability. Approaches

- to Environmental Justice and Social Power. New York: New York University Press, S. 149–79.
- Wicker, Hans-Rudolf (2017): Die Guaraní im Tiefland Südamerikas. Studien zu einer indigenen Minderheit. Berlin: Reimer.
- Wissenschaftliche Dienste (2018): Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte: Strukturen, Arbeitsweise und aktuelle Verfahren. Hg. v. Deutscher Bundestag (WD 2 3000 098/18). <a href="https://www.bundestag.de/resource/blob/568294/951b27b-baef5369d14476ea987070746/WD-2-098-18-pdf-data.pdf">https://www.bundestag.de/resource/blob/568294/951b27b-baef5369d14476ea987070746/WD-2-098-18-pdf-data.pdf</a> (zuletzt aufgerufen am 2.9.2020).
- World Trade Organization [WTO] (2010): World Trade Report 2010. Trade in natural resources. <a href="https://www.wto.org/english/res">https://www.wto.org/english/res</a> e/booksp e/anrep e/world trade report10 e.pdf (zuletzt geprüft am 24.11.2016).
- Yashar, Deborah (2006): Contesting citizenship in Latin America: The rise of indigenous movements and the postliberal challenge. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Yrigoyen, Raquel (2011): El horizonte del constitucionalismo pluralista. Del multiculturalismo a la descolonización. In: C. Rodríguez Garavito (Hg): El derecho en América Latina. Un mapa para el pensamiento jurídico del siglo XXI. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores, S. 139–159.
- Zent, Egleé (2013): Joti ecogony, Venezuelan Amazon. Environmental Research Letters 8:1–15.
- Zilla, Claudia (2015): Ressourcen, Regierungen und Rechte. Die Debatte um den Bergbau in Lateinamerika. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie, 1/2015). <a href="http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015">http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015</a> S01 zll.pdf (zuletzt geprüft am 7.9.2020).
- Zunino, Mariela (2010): Integración para el despojo: el Proyecto Mesoamérica, o la nueva escalda de apropiación del territorio, tercera parte. Boletín "Chiapas al Dia" (585):1–9. <a href="https://www.gritomesoamerica.org/index.php/integracion-regional/35-integracion-region-al/74-boletin-qchiapas-al-diaq-no-585.html">www.gritomesoamerica.org/index.php/integracion-regional/35-integracion-region-al/74-boletin-qchiapas-al-diaq-no-585.html</a> (zuletzt geprüft am 24.11.2015).